



Konrad
Adenauer
Stiftung

WAS WAR DIE MAUER?

**DIE ERRICHTUNG DER INNERDEUTSCHEN
GRENZANLAGEN DURCH DAS SED-REGIME
UND IHRE FOLGEN**

HANDREICHUNG ZUR POLITISCHEN BILDUNG
BAND 7

**Melanie Piepenschneider
Klaus Jochen Arnold (Hrsg.)**



ISBN 978-3-95721-76-0

Überarbeitete 3. Auflage, 2015

Aus Kostengründen wird in der vorliegenden Onlinefassung der Publikation lediglich ein Teil des Bildmaterials abgebildet, das in der gedruckten Broschüre enthalten ist.

In der Printfassung der Publikation finden sich zusätzlich zu den dort genannten Bildunterschriften auch alle notwendigen Quellenhinweise.

ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID: 53323-1410-1031



Überarbeitete 3. Auflage

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.

© 2015, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: © picture-alliance / dpa

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Satz: Cornelia Wurm | ZKM, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-076-0

INHALT

5 | VORWORT

7 | DER EINGEMAUERTE SOZIALISMUS
WIE DAS GRENZREGIME UND DER BAU DER
MAUER DEN FRÜHZEITIGEN UNTERGANG
DER DDR VERHINDERTEN

Klaus Schroeder

29 | VOM „SPERRBRECHER“ ZUM „STAATSFEINDLICHEN
MENSCHENHÄNDLER“
ERLEBNISSE ALS FLUCHTHELFER UND GEFANGENER
DES SED-REGIMES

Hartmut Richter

49 | VON DEN BOTSCHAFTSFLUCHTEN ZUR
DEUTSCHEN EINHEIT

Axel Hartmann

67 | DEN SINN FÜR DAS WUNDER BEWAHREN
DIE DEUTSCHEN UND IHRE EINHEIT

Dagmar Schipanski

76 | AUTOREN UND HERAUSGEBER

77 | ANSPRECHPARTNER IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

78 | PUBLIKATIONSREIHE „HANDREICHUNGEN
ZUR POLITISCHEN BILDUNG“

VORWORT

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“ Dies behauptete Walter Ulbricht auf einer Pressekonferenz im Juni 1961. Nur zwei Monate später, am 13. August 1961, begann das SED-Unrechtsregime mit der Errichtung von Grenzanlagen. Der „antifaschistische Schutzwall“ sollte die Flucht von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik Deutschland stoppen, denn immer mehr flohen in den Westen, Zehntausende allein in den Monaten vor dem Mauerbau. Fast dreißig Jahre – bis zur Friedlichen Revolution 1989 – wurden die Menschen durch das SED-Regime im Sinne des Wortes „eingemauert“. Was diese „Mauer“ für die Menschen in Ost und West bedeutete, daran müssen wir erinnern. Denn je weiter der Mauerbau zurückliegt, desto größer wird die Gefahr, dass sich Legenden bilden. Die Erfahrung lehrt, dass sich jede Generation aufs Neue die Lehren aus der Geschichte erarbeiten muss, damit sie immun wird gegen jegliche Anfälligkeiten oder Versuchungen für diktatorische Regime. Politische Bildung, die hier ansetzt, ist in erster Linie als Demokratieförderung zu verstehen und geschieht auch in Respekt und im Mitgefühl für die Menschen, die in und durch die SED-Diktatur gelitten haben, denen die Mauer unermessliches persönliches Leid zugefügt hat oder durch die sie gar zu Tode gekommen sind.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat in den letzten Jahren deutschlandweit und international zu der Geschichte des SED-Regimes Vorträge, Lesungen, Tagungen, Seminare, Filmvorführungen u.a. Veranstaltungen organisiert. Im Internet bieten wir in dem Wissensportal *www.ddr-mythen.de* umfangreiche Informationen zu der Geschichte der DDR und zum Alltag in der Diktatur. Unsere Wanderausstellung „DDR: Mythos und Wirklichkeit. Wie die SED-Diktatur den Alltag der DDR-Bürger bestimmte“ ist für den Einsatz im Unterricht konzipiert worden und wird deutsch-

landweit erfolgreich durch Schulen genutzt. Auch diese Publikation will einen Beitrag für eine auf Erfahrungen aus der Vergangenheit beruhende und gerade dadurch in die Zukunft gerichtete Politische Bildung leisten.

Zunächst gibt Professor Dr. Klaus Schroeder einen grundlegenden Überblick zur Vorgeschichte, zum Bau und zu den Folgen der Errichtung der innerdeutschen Grenzanlagen. Anschließend behandeln wir die Bedeutung der „Mauer“ für die Menschen in der DDR: Hartmut Richter berichtet über seine Erlebnisse als „Republikflüchtling“, als Fluchthelfer und in den Haftanstalten des SED-Unrechtsregimes. So entwirft er ein eindringliches und sehr persönliches Bild der Folgen des unmenschlichen Systems. Wie die „Abstimmung mit den Füßen“ im Sommer 1989 in der Flucht Tausender in Botschaften kulminierte, zeigt der Beitrag von Dr. Axel Hartmann. Als Leiter der Konsularabteilung erlebte er die Ereignisse nicht nur hautnah, sondern gestaltete sie mit persönlicher Initiative. Abgeschlossen wird die Publikation durch eine eindringliche Würdigung der deutsch-deutschen Einigung durch Professor Dr. Dagmar Schipanski. Sie erinnert an das Erreichte und daran, den „Sinn für das Wunder“ zu bewahren.

Wir danken den Autoren für ihre Beiträge und wünschen allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre. Für Fragen, Hinweise und Kommentare wenden Sie sich gerne an uns.

Sankt Augustin / Potsdam, im Januar 2015

Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin der Politischen Bildung
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Dr. Klaus Jochen Arnold
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Politisches Bildungsforum
Brandenburg

DER EINGEMAUERTE SOZIALISMUS

WIE DAS GRENZREGIME UND DER BAU DER MAUER DEN
FRÜHZEITIGEN UNTERGANG DER DDR VERHINDERTEN

Klaus Schroeder

Noch im Januar 1989 gab es für den Generalsekretär der SED Erich Honecker keinerlei Zweifel: Die Berliner Mauer würde „auch in 50 oder 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe nicht beseitigt sind“, versicherte er in schlechtem Deutsch. Dabei hoffte der alternde sozialistische Diktator nach wie vor auf das Ende des „parasitären, faulenden Kapitalismus“ im Westen, das er Zeit seines politischen Lebens beschworen hatte. Wenige Monate später brach sein materiell, ideologisch und mental ausgelaugter „Arbeiter- und Bauernstaat“ unter Massenflucht und Massendemonstrationen ganz anderer Art, als sie die kommunistischen Apparatschiks aller Länder von jeher liebten, sang- und klanglos zusammen.

DER 9. NOVEMBER 1989

Der Fall der Berliner Mauer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 bedeutete das Ende des SED-Staates. Die sowjetische Besatzungsarmee blieb – anders als im Juni 1953 – auf ausdrückliche Anordnung von Michail Gorbatschow in den Kasernen. Selbst als sie über die Maueröffnung in Berlin erst im Nachhinein informiert wurden, protestierten die Sowjets nur müde. Ihr in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebautes Imperium ero-



Prof. Dr. Klaus Schroeder vor dem Brandenburger Tor. (Quelle: KAS)

dierte bereits seit Längerem nicht nur an der Peripherie. Das Freiheitsstreben der aus dem sowjetischen Imperium drängenden ost- und mitteleuropäischen Länder brachte auch den Deutschen die Einheit in Freiheit.

Der unaufhaltsame Niedergang des Weltkommunismus und der Mauerfall machten große Pläne der DDR-Militärplaner zu Makulatur: Eine High-Tech-Mauer 2000 sollte im neuen Jahrtausend für einen Imagegewinn der DDR im Ausland sorgen. Damit wollte man die vom „Klassenfeind“ immer wieder öffentlichkeitswirksam angeprangerten Todesschüsse an der Mauer mit technologischen Hilfsmitteln überflüssig machen. Fluchtversuche sollten durch elektronische Überwachungssysteme bereits weit vor der Grenze registriert und unterbunden werden.

Der 9. November – schon mehrfach ein deutscher Schicksalstag – brachte die tatsächliche Wende in der deutschen Teilungsgeschichte. Eine eher beiläufige Bemerkung des sichtlich überangestregten Politbüromitglieds Günter Schabowski auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin leitete das letzte Kapitel der DDR-Geschichte und den Beginn des Wiedervereinigungsprozesses ein. Schabowski teilte mit, das Zentralkomitee der SED habe einen Politbürobeschluss zum Reisegesetz bestätigt, dem zufolge Privatreisen ins Ausland ohne Vorliegen von Voraussetzungen beantragt werden könnten. Auf Nachfrage eines Journalisten erklärte er, das neue Reisegesetz gelte „ab sofort, unverzüglich“. Als daraufhin westliche Medien meldeten, die Grenze werde geöffnet, strömten Tausende Ost-, aber auch West-Berliner zur innerstädtischen Grenze. Die uninformierten und von dem Ansturm der Menschen überraschten Passkontrolleure der

Stasi sahen gegen etwa 22.30 Uhr keine Möglichkeit mehr, die Sektorengrenzen geschlossen zu halten. Ohne Befehl von oben öffneten überforderte und ängstliche Grenzer die Schlagbäume und räumten das Feld für die gen Westen strömenden Ost-Berliner.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

Die Bornholmer Brücke nach der Grenzöffnung am 9. November 1989.

Nachdem bereits alle Übergangsstellen geöffnet waren, zog es erst hunderte und später mehrere tausend Berliner aus beiden Teilen der Stadt zum Brandenburger Tor. Mehrere hundert West-Berliner stiegen auf die Mauer, wieder andere begannen, mit allerlei Gegenständen auf die Mauer einzuschlagen. Der Ruf „Die Mauer muss weg!!“ hallte durch die Nacht. Kurze Zeit später durchbrachen mehrere hundert Ost-Berliner die Sperranlagen vor dem Brandenburger Tor und liefen zur Mauer, wo sie von ihren Landsleuten begeistert empfangen wurden. Die Bilder freudetrunkener Menschen auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor flimmerten über die Mattscheiben der ganzen Welt und signalisierten bereits in dieser Nacht den Wunsch der Berliner nach Einheit. Das Brandenburger Tor wurde von einem nationalen Symbol der Teilung zu einem Symbol der Einheit.

DAS DDR-GRENZREGIME

Der Bau der Berliner Mauer und die vollständige Abriegelung der DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland kamen nicht über Nacht, sondern setzten den Schlusspunkt unter das von der Sowjetunion und der SED-Führung seit Ende der 1940er Jahre etablierte Grenzregime.

Unmittelbar nach Kriegsende wurde durch Deutschland eine Demarkationslinie zwischen den neu gebildeten vier Zonen bzw. (in Berlin) vier Sektoren gezogen. Während die Grenze zwischen den drei westlichen Zonen und Sektoren weitgehend durchlässig blieb, versuchte die sowjetische Besatzungsmacht, ihre Grenze möglichst umfassend zu kontrollieren. Ende Juni 1946 wurde durch eine von der Sowjetunion geforderte Kontrollratsverordnung die Zonengrenze gesperrt. Nach zwei weiteren Kontrollratsdirektiven im Oktober 1946 und April 1947 durften Privatreisen zwischen den westlichen Besatzungszonen und der SBZ nur aus dringenden Gründen durchgeführt werden. Zu ihrer Unterstützung befahl die sowjetische Militäradministration die Aufstellung einer deutschen Grenzpolizei in der SBZ. Sie umfasste schon vor der Gründung der DDR über 10.000 Personen.

Im Sommer 1947 erließen die sowjetische und die deutsche Seite eine Dienstanweisung zur einheitlichen Überwachung der Demarkationslinie. Die Grenzpolizei der DDR, nach ihrer Gründung erst dem Ministerium des Innern, dann dem MfS und ab 1953 wieder dem Ministerium des Innern unterstellt, wurde ab 1961 mit insgesamt 40.000 bewaffneten Grenzsoldaten zum „Kommando Grenze der Nationalen Volksarmee“. Nach Einführung der Wehrpflicht leisteten auch Eingezogene ihren „Ehrendienst“ bei den Grenztruppen. Anfang 1974 wurde – mit Blick auf Abrüstungsverhandlungen – das „Kommando Grenze“ formell wieder aus der NVA ausgegliedert und in „Grenztruppen der DDR“ umbenannt. Ab 1964 übernahmen Passkontrolleinheiten des MfS, die Uniformen der Grenztruppen trugen, die Kontrolle des grenzüberschreitenden Personenverkehrs an der gesamten innerdeutschen Grenze. Den Passkontrolleinheiten gehörten knapp 8.000 Personen an; in den Grenztruppen selber dienten 1989 rund 47.000 Mann.

Eine besonders unrühmliche Rolle spielten die knapp 7.500 freiwilligen Helfer der Grenztruppen, die den Auftrag hatten, Verdächtige, d.h. potenzielle „Republikflüchtlinge“, den zuständigen Organen zu melden.

Sie patrouillierten auch in grenznahen Gebieten und versuchten, Flüchtwillige schon im Vorfeld der Sperranlagen aufzuspüren. Nach offiziellen statistischen Angaben waren sie überaus erfolgreich. So konnten zum Beispiel mit ihrer Hilfe knapp 4.000 von etwa 5.000 Personen, die zwischen Dezember 1974 und November 1979 fliehen wollten, schon vor Erreichen des ersten Signalzauns festgenommen werden.

DIE LAGE IN BERLIN

Die Westsektoren Berlins bildeten von Anfang an einen „Pfahl im Fleische“ der neu gegründeten DDR. Bereits im Februar 1952 plädierte SED-Generalsekretär Walter Ulbricht in einem Schreiben an den Chef der Sowjetischen Kontrollkommission Tschuikow u.a. dafür, Einreisen für West-Berliner in den Ostteil der Stadt von einer Genehmigung durch den Ost-Berliner Magistrat abhängig zu machen und die Stadtgrenzen überschreitende Verkehrsmittel umfassend zu kontrollieren. Wenige Wochen später veranlasste die Sowjetunion einen verstärkten Ausbau der DDR-„Staatsgrenze“ zur Bundesrepublik Deutschland, dem auch in Berlin entsprechende Maßnahmen folgten. So wurden im Mai die direkten Telefonverbindungen zwischen beiden Stadthälften gekappt; ab Juni benötigten West-Berliner für Besuche in der DDR (nicht in Ost-Berlin) eine (selten erteilte) Aufenthaltsgenehmigung. Bis September schlossen die DDR-Behörden 200 von 247 Straßen zwischen West-Berlin und dem Ostsektor bzw. dem Umland; der durchgehende Straßenbahnverkehr wurde im Januar 1953 eingestellt. Die Bewohner der Westsektoren verloren ihre Arbeitsplätze in Ost-Berlin und der DDR, während umgekehrt den in West-Berlin beschäftigten Ost-Pendlern von den eigenen Behörden nahegelegt wurde, eine Arbeit in der DDR anzunehmen.

Offenbar gab es aber bereits zu diesem Zeitpunkt sowjetische Überlegungen, die Berliner Sektorengrenzen bis auf wenige streng bewachte Übergangsstellen zu schließen. Ein Mauerbau schon 1952/53 wäre freilich technisch kaum möglich gewesen. Die Verkehrswege wie auch die Ver- und Entsorgungsnetze der beiden Teilstädte waren zu diesem Zeitpunkt noch an zu vielen Stellen miteinander verbunden. Die SED trieb deshalb in der Folgezeit eine entsprechende Entflechtung konsequent und systematisch voran und versuchte außerdem, bestehende Kontakte zwischen den Bewohnern beider Stadthälften soweit wie möglich einzudämmen.

Mit einer Rede im Oktober 1958 ging Walter Ulbricht, der einige Monate zuvor angekündigt hatte, im Pro-Kopf-Verbrauch die westdeutsche Wirtschaft binnen weniger Jahre überholen zu wollen, in die deutschlandpolitische Offensive. Er behauptete, ganz Berlin sei stets „Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone“ gewesen und gehöre damit zum „Hoheitsbereich der Deutschen Demokratischen Republik“. Die Bestrebungen der SED-Führung nach einer endgültigen Lösung des „West-Berlin-Problems“ liefen über die Zwischenstation einer entmilitarisierten „freien Stadt“ letztlich auf die Einverleibung der Westsektoren Berlins in die DDR hinaus. Zuvor hatte laut Überlieferung eines Zeitzeugen der sowjetische Parteichef Nikita S. Chruschtschow Ulbricht auf die Bedeutung der DDR im Kampf der Systeme bzw. Blöcke hingewiesen. „Walter, Du musst eines begreifen, bei offenen Grenzen können wir mit dem Kapitalismus nicht konkurrieren.“

DAS SOWJETISCHE BERLIN-ULTIMATUM

Einen Monat später stellte die Sowjetunion den Westmächten ein Ultimatum: Die Sowjetunion betrachte die „Abmachungen aus der Kriegszeit [...] als nicht mehr in Kraft befindlich“, die Westmächte hätten das Recht auf Anwesenheit in Berlin verloren. Zwar sei ein vereintes Berlin unter DDR-Hoheit die „natürliche Lösung“, doch da man „Schwierigkeiten“ beim „Mitwirken“ der Westmächte an einer solchen Lösung befürchte und um der Bevölkerung West-Berlins keinen „schmerzhaften Bruch mit der bestehenden Ordnung“ zuzumuten, sei eine Lösung des Problems durch die Umwandlung West-Berlins in eine selbstständige politische Einheit – eine freie, entmilitarisierte Stadt – angebracht. Die Sowjetunion drohte – falls es nicht binnen eines halben Jahres zu einer Übereinkunft mit den Westmächten käme –, der DDR die volle Souveränität über ihr Gebiet „zu Wasser, zu Lande und in der Luft“ zu geben.

Während der Berliner Regierende Bürgermeister Willy Brandt die von sowjetischer Seite angebotene „freie“ Stadt eine „vogelfreie Stadt“ nannte und sich für hartes Gegenhalten aussprach, schwankte die US-Außenpolitik unter Präsident Dwight D. Eisenhower zwischen Härte und Konzessionsbereitschaft; auch die Briten zeigten sich sehr nachgiebig. Beide Staaten wollten wegen Berlin keinen Krieg riskieren und hatten durchaus Interesse an einem weiterhin geteilten und dadurch geschwächten Deutschland.

Der im November 1960 neu gewählte US-Präsident John F. Kennedy präziserte die amerikanischen Positionen zu Berlin im Kontext eines globalen Status quo im Kalten Krieg. Die NATO übernahm im Mai 1961 seine drei „essentials“, die nur noch die Freiheit des Westteils von Berlin garantierten. Neben der deutschen wurde jetzt auch die Berliner Teilung als gegeben hingenommen. Unnachgiebig wurde nur der politische, militärische und juristische Status quo in West-Berlin verteidigt, der auch den ungehinderten Zugang der Westalliierten auf dem Luft-, Wasser- und Landweg einschloss. Die Bewegungsfreiheit zwischen den Sektoren stellte dagegen ausdrücklich kein „essential“ mehr dar. Kennedy signalisierte Chruschtschow im Sommer 1961 noch mehrmals, dass die USA sowjetische Entscheidungen in deren Interessensphäre respektieren würde.

DER NIEDERGANG DES SED-STAATES

Währenddessen hatte sich die ökonomische Situation der DDR erheblich zugespitzt. Ulbricht verwies in zwei alarmierenden Briefen vom Januar und Anfang August 1961 an den sowjetischen Parteichef insbesondere auf den in Berlin ausgetragenen „Wettbewerb zwischen den beiden Systemen“: „Einfach gesagt heisst das, die offenen Grenzen zwangen uns, den Lebensstandard schneller zu erhöhen, als es unseren volkswirtschaftlichen Kräften entsprach.“ Was Ulbricht nicht mitteilte: Noch immer litt die DDR-Wirtschaft unter den hohen Kosten für die Machtsicherung, die Apparate von Parteien und Massenorganisationen sowie die Subventionierung der Wirtschaft. Der Anteil dieser „unproduktiven Ausgaben“ lag 1959/60 zwischen 25 und 30 Prozent. Von einem Ein- oder gar Überholen der Bundesrepublik Deutschland war nun keine Rede mehr, im Gegenteil.

Die Zahl der Flüchtlinge nahm 1960/61 stark zu: Von Januar 1961 bis zum Beginn des Mauerbaus flohen knapp 160.000 Personen aus der DDR, im gesamten Jahr 1960 waren es etwa 200.000. Tempo und Ausmaß der mit allen Mitteln erzwungenen Kollektivierung auf dem Lande und teilweise im Handwerk waren hierfür ebenso verantwortlich wie Versorgungsengpässe und allgemeine wirtschaftliche Schwierigkeiten. Vor allem jüngere und gut qualifizierte Menschen verließen die DDR.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

Internationale Pressekonferenz Walter Ulbrichts am 15. Juni 1961.

In dieser Situation blieben der DDR und der Sowjetunion angesichts der Weigerung der Westalliierten, West-Berlin aufzugeben, nur die Sperrung der Berliner Sektorengrenze als ebenso wirksame wie militärisch vergleichsweise ungefährliche Aktion übrig, um ein „Ausbluten“ der DDR und eine Vorentscheidung im Kampf der Systeme zu verhindern. Für die Sowjetunion ging es dabei ums Ganze, da die DDR als westlicher Vorposten des sozialistischen Lagers eine besondere Bedeutung hatte, wie der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident A. Mikojan im Juni 1961 äußerte: „Die DDR, Deutschland, ist das Land, in dem sich entscheiden muss, dass der Marxismus-Leninismus richtig ist, dass der Kommunismus auch für die Industriestaaten die höhere, bessere Gesellschaftsordnung ist [...] Wenn der Sozialismus in der DDR nicht siegt, wenn der Kommunismus sich nicht hier als überlegen und lebensfähig erweist, dann haben wir nicht gesiegt.“ Zu diesem Zeitpunkt ging es indes nicht um den Sieg des Sozialismus, sondern um sein Überleben.

DER MAUERBAU UND SEINE UNMITTELBAREN FOLGEN

Die SED-Führung bedrängte die sowjetische KP-Führung ab Anfang des Jahres 1961 verstärkt, das „Westberlin-Problem“ zu lösen. Doch die Sowjetunion hielt sich zu diesem Zeitpunkt noch bedeckt. Am 15. Juni

1961 antwortete Walter Ulbricht auf die Frage einer Journalistin zu möglichen Maßnahmen in Berlin: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“ Diese Äußerung Ulbrichts, vor dem 13. August in der westdeutschen Presse kaum zur Kenntnis genommen, wurde erst nach dem Beginn der Schließung der Sektorengrenzen und dem Mauerbau Gegenstand von Spekulationen. Was hatte Ulbricht bezweckt? Wollte er die Sowjetunion drängen, endlich die Erlaubnis zum Mauerbau zu geben? Oder wollte er Fluchtwillige animieren, das Land zu verlassen, um hierdurch die Sowjetunion unter Druck setzen zu können? Jedenfalls stieg hiernach die Zahl der Flüchtenden stetig an. So registrierte das Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde im Juli 1961 rund 30.500 Flüchtlinge, während es im Juni „nur“ gut 19.000 Personen waren. Bis zum 13. August flohen täglich über 1.000 Personen aus der DDR und Ost-Berlin. Einen Tag vor Beginn der „drastischen Maßnahme“ waren es etwa 2.400 Flüchtlinge.

Chruschtschow zögerte mit seinem Einverständnis, weil er sichergehen wollte, dass die gewünschte vollständige Abriegelung der DDR gegenüber dem Westen nicht zu einer militärischen Konfrontation zwischen den Blöcken führen würde. Als er davon überzeugt war, signalisierte er im Juli 1961 Walter Ulbricht sein Einverständnis, die Sektorengrenze in Berlin vollständig zu schließen. An welchem Tag genau die Ampeln von Moskau auf Grün gestellt wurden, ist in der Forschung umstritten, da Zeitzeugen unterschiedliche Tage als Termin nennen.

Die SED-Führung, die schon seit Anfang des Jahres diese „Maßnahme“ vorbereitet hatte, begann nun mit den unmittelbaren technischen Vorbereitungen hierfür. Offiziell fiel die Entscheidung erst auf einer Sitzung des Warschauer Paktes vom 3. bis 5. August in Moskau. Allerdings enthalten die Protokolle keinen offiziellen Beschluss zum Mauerbau. Ulbricht ging in seinem aufgezeichneten Beitrag sogar deutlicher als im Redemanuskript vorgesehen auf die aus SED-Sicht notwendigen Maßnahmen ein. Die aggressive Politik der Bundesregierung, insbesondere die organisierte Abwerbung von Arbeitskräften, mache es „notwendig, dass zu gegebener Zeit die Staatsgrenze, die mitten durch Berlin geht, *gesperrt wird und* von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nur mit besonderer Ausreisebescheinigung passiert werden darf, oder, soweit es einen Besuch von Bürgern der Hauptstadt der DDR in Westberlin betrifft, mit besonderer Bescheinigung erlaubt wird“.

Die oben hervorgehobene explizite und alternativlose Forderung Ulbrichts nach einer Grenzsperrung innerhalb Berlins ist nur im unkorrigierten Tagungsprotokoll, nicht aber in der „gesäuberten“ Endfassung enthalten. Es kann nur darüber spekuliert werden, ob die sowjetische Seite die Auffassung Ulbrichts zu dieser Zeit noch nicht in dieser Entschlossenheit teilte oder die Streichung Geheimhaltungsgründen geschuldet war. Nur der polnische Parteichef Wladyslaw Gomulka sprach die Forderung Ulbrichts explizit an und plädierte für „entscheidende Maßnahmen auf diesem Gebiet schon heute“. Chruschtschow dagegen erklärte sich zwar einleitend mit den Vorschlägen Ulbrichts „vollkommen einverstanden“, ging aber nicht konkret auf die beabsichtigte Grenzschließung ein.

Auf einer Politbüro-Sitzung am 7. August gab Ulbricht den „Beginn der vorgesehenen Maßnahmen zur Kontrolle“ für die „Nacht von Sonnabend zum Sonntag“ bekannt. Am selben Tag kündigte Chruschtschow in einer Rundfunk- und Fernsehansprache unter Hinweis auf Mobilmachungsmaßnahmen der USA die mögliche Verstärkung der eigenen Armee an den Westgrenzen an. Seitens der SED wurden die Vorbereitungen für den Mauerbau von einem kleinen Kreis um den ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen, Erich Honecker, getroffen. Am 12. August kündigte Ulbricht führenden Staats- und Blockpartiefunktionären an, dass in einigen Stunden die Operation „Rose“, wie das MfS die „drastische Maßnahme“ nannte, beginnen würde. Widerspruch regte sich nicht.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

„Kampfgruppen“ am 13. August 1961.

Kurz nach Mitternacht verlegten am 13. August 1961 Grenz- und Volkspolizisten gemeinsam mit Mitgliedern der so genannten Kampfgruppen der Arbeiterklasse, gedeckt von NVA-Einheiten, Stacheldraht und sicherten die Grenzanlagen an der innerstädtischen Sektorengrenze. Sowjetische Truppen standen dahinter bereit, um mögliche Eskalationen im Keim zu ersticken.

Erst einige Tage später begann der eigentliche Bau der Mauer. Der von der DDR errichtete Ring um West-Berlin hatte eine Gesamtlänge von 155 Kilometern, davon 43,1 Kilometer zwischen den beiden Teilen der Stadt. Die Mauersegmente aus Stahlbeton mit hoher Dichte waren in der „vierten Generation“ 2,4 bis 3,6 Meter hoch und 1,2 Meter breit. Der zwischen 15 und mehr als 150 Meter breite Todesstreifen bestand zudem aus Kfz-Sperren, Kolonnenwegen, Beobachtungstürmen, Grenzsignalzäunen und Hinterlandmauern. Im innerstädtischen Bereich wurden anders als bei der sonstigen innerdeutschen Grenze keine Erdminen verlegt und Selbstschussanlagen montiert. Nach Schätzungen kostete der Aufbau der Grenzanlagen allein von 1961 bis 1964 knapp zwei Milliarden DDR-Mark. Die laufenden Kosten für den Unterhalt stiegen von etwa 0,5 Milliarden Mark auf über eine Milliarde Mark jährlich.

Für den „Schutz“ der Grenze zu West-Berlin war in der DDR das Grenzkommando Mitte der Grenztruppen zuständig. Ihm gehörten im Frühjahr 1989 rund 11.500 Soldaten und 500 Zivilbeschäftigte an. Das Grenzkommando Mitte verfügte darüber hinaus über 567 Schützenpanzerwagen, 48 Granatwerfer, 48 Panzerabwehrkanonen und 114 Flammenwerfer sowie 156 gepanzerte Fahrzeuge bzw. schwere Pioniertechnik und knapp 2.300 Kraftfahrzeuge. Knapp 1.000 Hunde wurden ebenfalls zum „Schutz“ des SED-Staates eingesetzt. Etwa 2.300 Soldaten der Grenztruppen waren täglich im Einsatz.

Mehrere Tage nach der Grenzschließung war Ida Siekmann, die aus einem Fenster in der Bernauer Straße in die Freiheit springen wollte, das erste Todesopfer. Zwei Tage später erschossen DDR-Grenzer im Humboldthafen hinterrücks den 24-jährigen Günter Litfin bei seinem Versuch, schwimmend West-Berlin zu erreichen. Der Berliner Regierende Bürgermeister Willy Brandt appellierte in einer Rede vor dem Rathaus Schöneberg an die Grenzpolizisten, sich nicht zu Lumpen machen zu lassen und auf eigene Landsleute zu schießen. Brandt wertete das Verhalten der SED-Führung als Eingeständnis des Versagens: „Eine Clique, die sich Regierung nennt, muss versuchen, ihre eigene Bevölkerung einzusperrn. Die Betonpfeiler, der Stacheldraht, die Todesstreifen, die Wachtürme und die Maschinenpistolen, das sind die Kennzeichen eines Konzentrationslagers [...]“

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

Nach dem Bau der Berliner Sperrmauer besuchte Bundeskanzler Konrad Adenauer am 22. August 1961 Berlin (West). Rechts neben ihm der Regierende Bürgermeister Willy Brandt.

Die westlichen Reaktionen blieben im von der DDR und der Sowjetunion erwarteten Rahmen. Stellungnahmen und militärische Maßnahmen der Westmächte waren ausschließlich auf die Sicherung der drei „essentials“ gerichtet. Am 16. August (!) überreichten die Westalliierten in Moskau Noten, in denen die Sperrung der Sektorengrenze als „flagrante und besonders ernste Verletzung des Vier-Mächte-Status Berlins“ gebrandmarkt und die Aufhebung der „legalen Maßnahmen“ gefordert wurden. Diese Beschwerde hatte jedoch keine weiteren Konsequenzen. Willy Brandts Forderung nach energischen Gegenmaßnahmen fand kein Gehör, da insbesondere die USA das östliche Vorgehen als weitgehend defensiv einschätzten. Kennedy setzte lediglich eine Kampftruppe von

ca. 1.500 Soldaten nach Berlin in Marsch. Die Frage, ob er vorab über die Planungen zum Mauerbau informiert war, kann bis heute nicht eindeutig beantwortet werden, ist aber wahrscheinlich. Jedenfalls fanden Entflechtung und Abgrenzung der Einflussphären der Großmächte in Europa im Spätsommer 1961 einen menschlich brutalen, aber politisch in der Logik der weltpolitischen Konstellation liegenden Abschluss.

SOZIALISMUS UND BARBAREI: DER SCHIESSBEFEHL

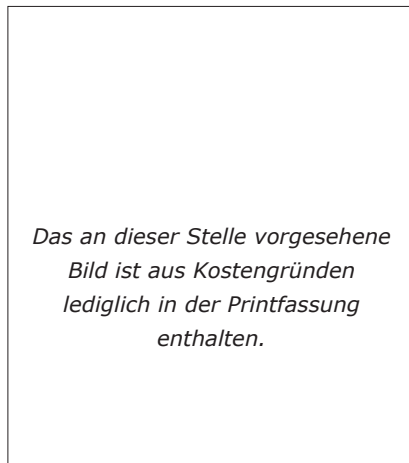
Mit seinem Appell, nicht auf Flüchtende zu schießen, stieß Brandt zumindest bei den Verantwortlichen für den Mauerbau auf taube Ohren. Der ZK-Sekretär für Sicherheit, Erich Honecker, forderte bereits im September 1961: „Gegen Verräter und Grenzverletzer ist die Schusswaffe anzuwenden. Es sind solche Maßnahmen zu treffen, dass Verbrecher in der Hundert-Meter-Sperrzone gestellt werden können. Beobachtungs- und Schussfeld ist in der Sperrzone zu schaffen.“ Der Schusswaffengebrauch wurde in den nachfolgenden knapp drei Jahrzehnten in Gesetze gegossen. Auch die mündliche Befehlslage bei der so genannten Vergatterung zum Grenzdienst war bis 1989 eindeutig: „Grenzverletzer sind aufzuspüren, festzunehmen oder zu vernichten.“

Der Propagandachef der SED, Albert Norden, ansonsten mit Hetzpropaganda gegen den Westen beschäftigt, legitimierte den Schusswaffengebrauch im September 1963 mit geradezu menschenverachtendem Pathos: „Ihr haut alle diejenigen auf die Finger, die ihre Schweineschnauze in unseren sozialistischen Garten reinstecken wollen. [...] Ihr schießt also nicht auf Bruder und Schwester, wenn ihr den Grenzverletzer zum Halten bringt. Wie kann der ein Bruder sein, der die Republik verlässt, der die Macht des Volkes verrät, der die Macht des Volkes antastet? [...] Mit Verrätern muss man ernst sprechen. Verrätern gegenüber menschliche Gnade zu üben, heißt unmenschlich am ganzen Volk zu handeln.“

Zur Sicherung des Sozialismus griff die SED-Führung unter dem Schutz ihrer Führungsmacht zu einer menschenverachtenden „drastischen Maßnahme“, die die Teilung Deutschlands sprichwörtlich in Beton goss. Anders als im Rückblick auf den 17. Juni 1953 von den Machthabern befürchtet, hielten sich die Proteste der Bevölkerung gegen die Abriegelung der DDR in engen Grenzen. Angesichts der polizeilichen und militärischen Präsenz war die Aussichtslosigkeit von Protesten absehbar.

Dennoch protestierten bereits am 13. August jeweils einige hundert Menschen, vor allem Jugendliche, an den Ost-Berliner Übergängen zum Westteil und auf Bahnhöfen. „Sicherheitsorgane“ und SED-Agitatoren lösten diese „Zusammenrottungen“ jedoch rasch auf. Interne Parteiberichte über die Stimmung in der Bevölkerung sprechen von „provokativen Äußerungen“, Ausschreitungen und zahlreichen Festnahmen. Auch Streikaufrufe und Hamsterkäufe wurden gemeldet. Verprügelte Parteiagitatoren mussten Schutz bei bewaffneten Kräften suchen. Bis Ende August wurden im Zusammenhang mit Protesten gegen den Mauerbau allein in Ost-Berlin 2.192 Personen festgenommen, 691 von ihnen für längere Zeit inhaftiert.

Bis Mitte September gelang mehr als 600 Menschen mit zum Teil spektakulären Aktionen die Flucht nach West-Berlin. Unter ihnen waren ganze Familien, aber auch nicht wenige Grenzposten. Zu den ersten Fluchthelfern gehörten Studenten der Freien Universität Berlin, die spontan die Fluchthilfeorganisation „Unternehmen Reisebüro“ gründeten. Mit ihrer Hilfe konnten in den ersten sieben Monaten nach dem Bau der Mauer 5.000 Menschen von Ost nach West fliehen. Als einige Jahre später die Kommerzialisierung der Fluchthilfe begann, stellten die Studenten ihre Aktivitäten ein.



Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

Die innerdeutsche Grenze zwischen den Ortschaften Kleinensee (Bundesrepublik Deutschland, im Vordergrund) und Großensee (DDR).

Fechter am 17. August 1962, der angeschossen eine Stunde unterhalb der Grenzsperrern auf Ost-Berliner Gebiet liegengelassen wurde und verblutete, erregte weltweit Aufsehen. Sein Tod machte der Weltöffentlichkeit die brutale Unmenschlichkeit des Grenzregimes einprägsam deutlich.

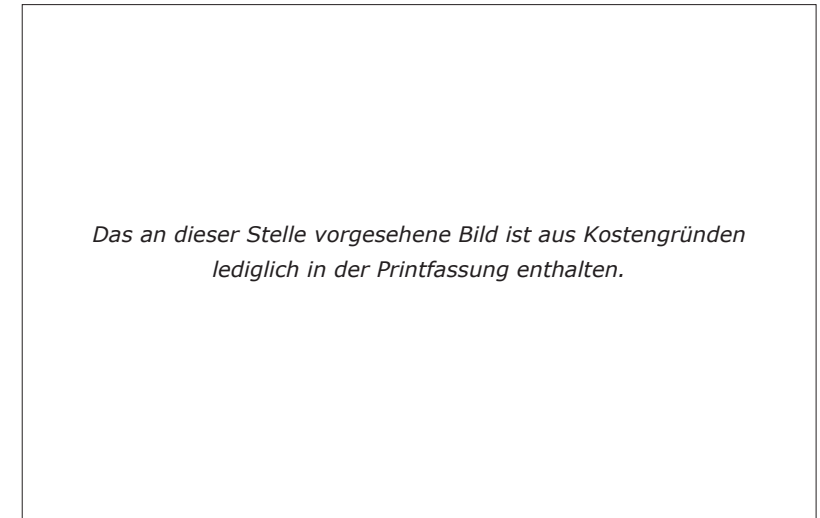
Zwischen Bau und Fall der Mauer gelang es etwa 40.000 Personen (davon 5.000 in Berlin), über die Grenzanlagen in den Westen zu fliehen, wobei die meisten Fluchten 1961/62 gelangen, als die Grenze stellenweise noch durchlässig war. Das Grenzregime der DDR kostete etwa 1.500 Menschen das Leben; in Berlin starben über 200. Tausende wurden bei ihrem Fluchtversuch zum Teil schwer verletzt, Zehntausende deswegen verurteilt und ihrer sozialen Existenz in der DDR beraubt. Viele der wegen „versuchter Republikflucht“ Verurteilten – knapp 34.000 Personen – konnten durch den „Häftlingsfreikauf“, der der DDR über drei Milliarden DM dringend benötigter Devisen einbrachte, in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln.

Die sozialliberale Entspannungspolitik und die internationale Anerkennung der DDR führten keineswegs zu einer Lockerung des Grenzregimes, im Gegenteil: Erich Honecker erklärte auf einer Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates im Mai 1974: „Überall muss ein einwandfreies Schuss-

FLUCHT NUR MIT HOHEM RISIKO

Trotz aller fantasievollen Bemühungen stieg dabei für Fliehende das Risiko, getötet oder inhaftiert zu werden, von Tag zu Tag. Am 25. August wurde mit Günter Litfin der erste Flüchtling in Berlin erschossen, bereits vorher gab es Tote und Verletzte bei gescheiterten Versuchen, sich aus zu Ost-Berlin gehörenden Häusern auf davor liegende West-Berliner Bürgersteige zu retten. Der Tod des Ost-Berliner Bauarbeiters Peter

feld gewährleistet werden [...]; nach wie vor muss bei Grenzdurchbruchversuchen von der Schusswaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden, und es sind die Genossen, die die Schusswaffe erfolgreich angewandt haben, zu belobigen.“ So geschah es auch – Grenzsoldaten, die Flüchtende hinterrücks erschossen, erhielten in der Regel Prämien und Sonderurlaub; sie wurden befördert, aber zumeist auch versetzt.



Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

Berlin-Kreuzberg 1988.

Außerhalb von Berlin verlegten Grenztruppen zwischen 1961 und 1983 mehr als eine Million Bodenminen, die ab den 1970er Jahren teilweise von Selbstschussanlagen (die so genannten Splittermine SM 70) ergänzt oder durch sie ersetzt wurden. Hiervon waren 1983 etwa 60.000 an der innerdeutschen Grenze montiert. Die SM 70, die ähnliche Verletzungen wie die völkerrechtlich verbotenen Dumdum-Geschosse verursachten, wurden ebenso wie die meisten Bodenminen aufgrund einer Selbstverpflichtung der DDR gegenüber der UNO bis 1985 beseitigt. Im Laufe der Jahre wurde die Grenzsicherung u.a. mit Signalzäunen, Lichtsperrern, Hundelaufanlagen fortlaufend „verbessert“, so dass eine Flucht kaum noch möglich war.

Der Schießbefehl galt bis zum Frühjahr 1989. Am 6. Februar 1989 wurde der 21-jährige Chris Gueffroy, der glaubte, der Schießbefehl an der Mauer sei aufgehoben, bei einem Fluchtversuch von Grenzsoldaten der DDR erschossen. Kurz vor dem Überwinden des letzten Metallgitter-

zauns trafen ihn zehn Kugeln der „Grenzschützer“. Der Todesschütze erhielt nach der Wiedervereinigung in letzter Instanz hierfür eine zweijährige Bewährungsstrafe.

Als Reaktion auf internationale Proteste gegen das Verhalten der Grenztruppen ordnete Honecker im April 1989 informell die Aufhebung des Schießbefehls an. Offiziell wurde die Anwendung der Schusswaffe zur Verhinderung von Flucht erst am 21. Dezember 1989 verboten. Die letzten Opfer des Grenzregimes waren drei junge Männer, die Ende Oktober/Anfang November 1989 bei ihrem Versuch, über die Oder schwimmend Polen zu erreichen, ertranken.

DER „ANTIFASCHISTISCHE SCHUTZWALL“

Die SED-Propaganda bezeichnete die Berliner Mauer als „antifaschistischen Schutzwall“ und fabulierte über einen geplanten Einmarsch der Bundeswehr durch das Brandenburger Tor „mit klingendem Spiel“. Im Frühsommer 1961 hätten die reaktionärsten Kreise in der CDU/CSU um Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß mit den unmittelbaren Aggressionsvorbereitungen zur Beseitigung der DDR begonnen. Von West-Berlin aus sei die massenhafte Abwerbung von Facharbeitern, Ingenieuren, Ärzten und Wissenschaftlern als regelrechter Menschenhandel organisiert, gelenkt und ständig forciert worden. So die Propaganda.

Einige „Intellektuelle“ in der DDR begrüßten die Einbetonierung der eigenen Bevölkerung, da sie sich hiervon einen Spielraum für systemimmanente Reformen versprachen. Doch die „Aufbruchstimmung“, die mit dem Beginn einer vorsichtigen Wirtschaftsreform und verschiedenen Kommuniqués zu Lage und Perspektive der Frauen und der Jugend und einer gewissen Lockerung der Kulturpolitik durchaus einen realen Hintergrund hatte, verpuffte schnell. Der DDR-Sozialismus erwies sich bereits zu diesem Zeitpunkt auch unter den Bedingungen eines geschlossenen Systems als reformunfähig.

Auf wirtschaftlichem Gebiet vergrößerte sich der Abstand zur Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der 1960er Jahre kontinuierlich. Die Überlegenheit des westlichen Gesellschaftsmodells zeigte sich nirgends schärfer und symbolkräftiger als in Berlin, was SED und MfS veranlassen, bis in das Jahr 1989 hinein Pläne zur Intervention in West-Berlin zu entwerfen.

Historiker, die der mehrfach umbenannten SED nahestehen, vernebelten auch nach dem Untergang ihres Staates eher Ursachen und Konsequenzen des Mauerbaus, statt zu ihrer Aufhellung beizutragen. So schrieb die seinerzeitige Vorsitzende der Historischen Kommission der PDS, Wilfriede Otto, 1997: „Ultimative Drücke, schroffe Haltungen und neu hinzutretende Probleme provozierten eine Kraftprobe der vier Großmächte – die Berlin-Krise – und die nackte Existenzfrage für die DDR.“ Hinter solchen unscharfen Formeln verblasen Handlungen und Verantwortung der Akteure völlig. Besonders apologetisch äußerte sich der ehemalige persönliche Referent des stellvertretenden DDR-Staatsratsvorsitzenden Friedrich Ebert, der Genosse Norbert Podewin, in seiner Ulbricht-Biographie von 1995: „Das Leid vor allem getrennter Familien wurde durch das Mehr an Sicherheit für Europa und die Welt allemal aufgehoben. Aus dem latenten Unsicherheitsfaktor war nun ein Staat in gesicherten Grenzen geworden.“ Podewin fand kein Wort des Bedauerns für die Opfer des perversen Grenzsystems.

Die Parteispitze der Partei Die Linke tut sich ebenso wie wohl die meisten „einfachen“ Mitglieder immer noch schwer mit der Verurteilung des Grenzregimes und einer Entschuldigung für die Opfer. Letzteres wird mit der absurden Begründung abgelehnt, die anderen Parteien würden das von ihnen verlangen. Die Verantwortung der SED für den Bau der Mauer und das Grenzregime verstecken sie zudem hinter „der Logik der damaligen weltpolitischen Entwicklungen“. Die Mauer habe einen „Schlussstrich unter die Nachkriegsordnung“ gesetzt und die Sowjetunion „nach ihrem Verständnis vor einem erneuten deutschen Überfall wie im Jahre 1941“ geschützt.

Zwar bezeichnete der Vorstand der PDS vor einigen Jahren die Grenze als inhuman und als „Kainsmal der DDR“, weigerte sich aber, die Mauer als das zu begreifen, was sie war: die logische Konsequenz einer von der Bevölkerungsmehrheit nicht legitimierten, menschenverachtenden und

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

Parade zum Bau der Mauer 1986.

von der sowjetischen Besatzungsmacht aufgezwungenen Diktatur. Stattdessen sprach er von der Mauer als einem „Symbol des Demokratiedefizits in der DDR“.

Der Sowjetunion und der SED-Führung ging es jedoch nach 1945 und nach 1961 keineswegs um eine bessere Gesellschaft, sondern um die Errichtung einer von ihnen gelenkten Diktatur und um den Erhalt der eigenen Macht. Um hiervon abzulenken und die eigenen Traditionsbestände zu retten, spricht man vom „Stalinismus der SED“, von dem sich die PDS und jetzt Die Linke „unwiderruflich befreit“ habe.

DIE MAUER AUS HEUTIGER SICHT

Die rechtliche Aufarbeitung des mörderischen Grenzregimes verlief gleichsam im Sande. Einige Grenzsoldaten wurden in den so genannten Mauerschützenprozessen verurteilt, meist zu Bewährungsstrafen. Die für die Opfer der Grenze verantwortlichen Führungskräfte aus Partei und Staat erhielten zum Teil Freiheitsstrafen ohne Bewährung, wurden fast immer aber schnell begnadigt, nachdem sie zuvor rasch Freigänger waren. Für Gewalttaten an der Grenze wurden insgesamt 267 Personen verurteilt. Die meisten Strafverfahren endeten mit Geld- oder Freiheitsstrafen zur Bewährung, nur 30 Angeklagte wurden zu insgesamt etwa 100 Jahren Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt, von denen freilich nur knapp 60 Jahre verbüßt werden mussten. Angesichts der vielen Opfer und Leidtragenden des Grenzregimes kann von „Siegerjustiz“ keine Rede sein. Die mehr als 200.000 Personen, die reale Opfer der von der SED gelenkten politischen Strafjustiz wurden, können das nur als Hohn empfinden.

Der „antifaschistische Schutzwall“, wie die SED ihre Mauer nannte, hatte eine zwiespältige Wirkung: Einerseits stabilisierte sie das Regime durch die Verhinderung weiterer Abwanderung, andererseits symbolisierte sie eine politisch-moralische Niederlage, weil der Weltöffentlichkeit und dem überwiegenden Teil der eigenen Bevölkerung offenbar wurde, dass der deutsche Kommunismus mit seinen Heilsversprechen die Menschen nicht überzeugen konnte. Die Mauer war kein „antifaschistischer Schutzwall“, sondern Symbol einer sozialistischen Diktatur, die nur durch das Einsperren der eigenen Bevölkerung ihr Überleben sichern konnte.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

Abbau von Grenzanlagen 1990.

Im Nachhinein betrachtet zeichneten sich der Fall der Mauer und das Ende des SED-Staates bereits Mitte der 1980er Jahre ab. Die DDR-Wirtschaft stagnierte, Versorgungsmängel nahmen wieder zu und Zehntausende stellten einen Antrag auf ständige Ausreise. Auch in den sozialistischen Bruderländern Polen und Ungarn waren die Risse im Sozialismus nicht mehr zu übersehen. Im Juni 1987 sprach der amerikanische Präsident Ronald Reagan direkt vor dem Brandenburger Tor seine berühmten Sätze, die damals von Vielen, nicht nur von Linken, verspottet wurden: „Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor. Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder.“

Nach der Ablösung Erich Honeckers versuchte die neue Parteiführung unter Egon Krenz und Günter Schabowski, mittels einer schrittweisen und kontrollierten Öffnung der Grenze finanzielle Mittel von der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten. Wegen der spontanen Reaktionen der Berliner Bevölkerung auf die mediale Vermittlung der Äußerungen Schabowskis missglückte dieser Versuch. Mit der erzwungenen Öffnung der Übergänge und der Eroberung der Mauer nahm „das Volk“ seine Geschichte in die eigene Hand. Schon bald nach dem Mauerfall skandierten die Menschen in der DDR nicht mehr „Wir sind *das* Volk“, sondern „Wir sind *ein* Volk“.

Die Abriegelung der Berliner Sektorengrenze und der Bau der Mauer waren für die Sowjetunion und die DDR zwar nur die zweitbeste Lösung, aber hierdurch konnte der SED-Staat sein Leben um 29 Jahre verlängern. Auch wenn sich die meisten Menschen an die Mauer und das Grenzregime gewöhnten, blieben sie doch Symbole für diese menschenverachtende sozialistische Diktatur auf deutschem Boden.

LITERATUR

- *Alisch, Steffen: „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, Stamsried 2004.*
- *Alisch, Steffen / Schroeder, Klaus: „Niemand hat die Absicht ...“, in: „Die Welt“ vom 13. August 2001.*
- *Courtois, Stéphane (Hrsg.): Das Handbuch des Kommunismus. Mit dem Kapitel „Kommunismus in Deutschland“ von Klaus Schroeder und Jochen Stadt, München 2010.*
- *„Der Spiegel“ vom 9. August 1961: DDR-Flucht. Ulbrichts Wahl-Stadt.*
- *Flemming, Thomas / Koch, Hagen: Die Berliner Mauer. Geschichte eines politischen Bauwerks, Berlin-Brandenburg 1999.*
- *Grafe, Roman: Die Grenze durch Deutschland. Eine Chronik von 1945-1990, Berlin 2002.*
- *Hertle, Hans-Hermann: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 1996.*
- *Kubina, Michael: Die SED und ihre Mauer. Ein Denkmal und wir, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 25/2009, S. 93 ff.*
- *Marxen, Klaus / Werle, Gerhard / Schäfer, Petra: Die Strafverfolgung von DDR-Unrecht. Fakten und Zahlen, Berlin 2007.*
- *Pressedienst PDS: „Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit.“ Erklärung des Parteivorstandes der PDS zum 13. August 2001.*
- *Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München 1998 und 2000.*
- *Schroeder, Klaus: Kompaktwissen. Die DDR. Geschichte und Strukturen, Stuttgart 2011.*
- *„Spiegel“ online: Mauerbau in Berlin, Artikel vom 8. bis 12. August 2001.*
- *Steininger, Rolf: Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963, München 2001.*
- *Uhl, Matthias: Krieg um Berlin? München 2008.*
- *Wolfrum, Edgar: Die Mauer. Geschichte einer Teilung, München 2009.*

VOM „SPERRBRECHER“ ZUM „STAATSFINDLICHEN MENSCHENHÄNDLER“

ERLEBNISSE ALS FLUCHTHELFER UND GEFANGENER DES SED-REGIMES

Hartmut Richter



*Der ehemalige Gasthof
Schwarzer Adler, heute
das neue Rathaus Teltow.
(Quelle: KAS)*

DER ABSCHIED

Am Freitag, den 26. August 1966, verlasse ich gegen 23 Uhr den „Schwarzen Adler“ in Teltow. In diesem alten Gasthof kann man tanzen, trinken und schweren Herzens von Freunden und allem Vertrauten Abschied nehmen. Der mit Regenwolken bedeckte Himmel, ein leichter Wind aus Richtung West-Berlin und die dunkle Nacht, der zunehmende Mond ist kaum zu sehen und bietet gute Bedingungen für mein Vorhaben. Es gibt nichts mehr zu überlegen, sondern nur den beabsichtigten letzten Schritt zu tun. Der 1906 fertig gestellte Teltowkanal wurde nach der Schließung der innerdeutschen Grenze ab dem 13. August 1961 nicht mehr als Wasserstraße genutzt. An den Ufern wächst Schilf, Gestrüpp breitet sich aus. Hier kann ich mich der Grenze unmerklich nähern. Zu oft sind meine Erkundungsversuche innerhalb Berlins schon vor der eigentlichen Grenze gescheitert. Schon bei der Annäherung an das Grenzgebiet in Ost-Berlin muss man mit der Beobachtung und Überwachung durch Organe des SED-Regimes rechnen. Trotzdem bin ich wehmütig

und traurig, verlasse ich doch meine geliebte Heimat, meine Familie, meine Freunde – vielleicht für immer! Wer weiß das schon?

EIN ERSTER VERSUCH

Die Demütigungen nach meinem ersten Fluchtversuch Ende Januar 1966 waren fast unerträglich. Wie drei Freunden die Flucht über die CSSR (Tschechoslowakei), heute Tschechien, nach Österreich gelungen war, so hätte sie auch mir gelingen sollen. Doch ich wurde als verdächtige Person noch in Bärenstein aus dem Zug geholt. Die DDR-Führung hatte Jugendfestspiele geplant und alle aus ihrer Sicht „westlich dekadenten Subjekte“, Jugendliche mit längeren Haaren, einfach festgenommen und



Hartmut Richter (Quelle: HR)

ihnen die Haare abgeschnitten. Mir hatte man noch die Möglichkeit der sogenannten „Selbstkritik“ eingeräumt. Als ich diese verweigerte, kam die Schere zum Einsatz. Nach der Verhaftung brachte man mich nach Karl-Marx-Stadt, heute Chemnitz. Die geplante Flucht war durch die Geburtsurkunde und Schulzeugnisse, die ich dabei hatte und

eine Karte, auf der ich den geplanten Fluchtweg markiert hatte, bewiesen. Das reichte, um mich festzunehmen. Die geplante „Republikflucht“ war 1966 noch ein Alltagsdelikt, womit sich nicht unbedingt das Ministerium für Staatssicherheit, die Stasi, befusste. Fast eine Woche war ich nach Potsdam im „Grotewohlexpress“ unterwegs, einem Gefangenen-transportwaggon der Deutschen Reichsbahn, den man für einen Postwaggon hielt und wohl auch halten sollte. Zwischenaufenthalte hatte es in dreckigen Durchgangszellen anderer Gefängnisse gegeben, auf engstem Raum mit allen möglichen Gesetzesbrechern; aber fast eine Woche keine warme Mahlzeit und kein Wäschewechsel. Man konnte für das Verbrechen einer geplanten Republikflucht noch zu einer vergleichsweise milden Strafe auf Bewährung verurteilt werden. Hier hatte zudem ein reumütiger Brief aus der Untersuchungshaft des Ministeriums des Innern der DDR in der Bauhofstraße Potsdam an meine Eltern geholfen, in dem ich mein Vorhaben als Kurzschlusshandlung aus Liebeskummer präsentierte. „Wie oft denke ich hier untätig auf die gerechte Strafe wartend an den Helden der Sowjetunion Pawel Kortschagin, liebe Eltern“, schrieb ich.

PAWEL KORTSCHAGIN ALS RETTER

In dem Buch *Wie der Stahl gehärtet wurde* von Nikolai Ostrowski wird das Leben des Revolutionärs Pawel Kortschagin erzählt, der für die Ziele der sozialistischen Revolution kämpft. Das Buch war in der DDR Pflichtlektüre und wurde auch verfilmt. Pawel Kortschagin erliegt einer feindlichen Übermacht und tötet zuvor noch zahlreiche Feinde. Der Glaube an den Sieg des Sozialismus und dem ihm vermeintlich folgenden Kommunismus verlieh ihm übermenschliche Kräfte. Der Satz „Das Leben ist jedem Menschen nur einmal gegeben. Er sollte jede Minute so sinnvoll verbringen, dass ihn später sinnlos verlebte Stunden nicht bedrücken“ war sein Vermächtnis und häufig Aufsatzthema an den Schulen. Natürlich musste dann im Aufsatz zu lesen sein, dass man seine jugendlichen Kräfte wie Pawel Kortschagin hauptsächlich für die Ziele des Sozialismus einsetzen möchte. Dann gab es gute Noten. Und so schrieb ich 1966 im Bewusstsein, dass der Staatsanwalt den Brief an die Eltern lesen wird, folgenden Satz: „Wie soll ich hier sinnvolle Zeit verbringen, liebe Eltern, wo ich doch eingesperrt bin und die Zeit eigentlich ungewollt sinnlos absitzen muss?“ Manchmal musste man in der DDR die Stiefel küssen, von denen man getreten wurde! Allerdings hatte ich nicht bedacht, dass meine Eltern Pawel Kortschagin nicht kannten. Sie waren deshalb sehr besorgt und glaubten sogar an Gehirnwäsche. Am 17. Mai 1966 war ich nach drei Monaten Untersuchungshaft zu zehn Monaten Freiheitsentzug verurteilt worden. Bedingt auf zwei Jahre Bewährung mit diversen Auflagen wurde ich anschließend in das große Gefängnis DDR entlassen. Zum Abitur wurde ich nicht zugelassen, konnte jedoch meine Ausbildung als Betriebs- und Verkehrseisenbahner abschließen.

IN DUNKLER NACHT

„Schluss jetzt mit der Wehmut, nur nach vorn schauen, kein Mensch hat dich bisher entdeckt, vorsichtig weiter also bis zur Grenze, noch mal sollen sie dich nicht kriegen!“ So rede ich mir am Abend des 26. August 1966 selbst ein und kann die Traurigkeit doch kaum verdrängen. Die Wut auf das Menschen verachtende SED-Regime ist mächtiger und stärkt mich in dieser dunklen Nacht. Jetzt kommt die Eisenbahnbrücke der alten Friedhofsbahn, die schon jahrelang nicht mehr verkehrte.



Die stillgelegte Brücke der ehemaligen Friedhofsbahn über den Teltowkanal. (Quelle: KAS)

Hier beginnt das Grenzgebiet, der Stacheldraht an beiden Seiten der Ufer und vor der Brücke. Zudem sind sicher Signalanlagen angebracht. Minen und Selbstschussanlagen wie an der innerdeutschen Grenze, sind von Seiten der Westalliierten wegen des Viermächtestatus aber nicht gestattet, oder?

Ich weiß es nicht. Jetzt muss ich ins Wasser und einen Kilometer bis zum West-Berliner Kontroll-

punkt Dreilinden bewältigen. Die Beleuchtung ist hier nicht so intensiv wie innerhalb Berlins. Es gibt an den Ufern relativ schwach beleuchtete Stellen. Es wächst Schilf, Gestrüpp wuchert ins Wasser. Ich kann mich verbergen. Jetzt öle ich mich ein. Ist der Plastikbeutel um den Hals wasserdicht? Im Beutel sind meine Papiere und 800 Mark.

Das dunkle Hemd von meinen Westverwandten und die Jeans behalte ich an. Schuhe und einen Pullover versenke ich im Kanal. Leider muss ich bald das Hemd ausziehen. Es hemmt meine Tauchbewegungen zu sehr. Natürlich reflektiert es das Licht der Grenzbeleuchtung nicht so wie meine helle Haut. Zu schwimmen ist zu gefährlich. Also tauche ich so Richtung West-Berlin, dass ich an relativ schwach beleuchteten Stellen im Schilf verborgen auftauchen kann. Ich schnappe nach Luft. An Land sind Stimmen und das Bellen der scharfen Hunde zu vernehmen. Das kühle Wasser ist schnell zu spüren, aber ich kann nicht rascher schwimmen oder am Ufer eine kurze Zeit aufwärmen. Doch schon ist das Ziel sichtbar, die Autobahnbrücke zum linken Kanalufer, wo sich der West-Berliner Kontrollpunkt befindet! Ich nähere mich stetig. Die Beleuchtung wird, je näher ich der eigentlichen Grenze komme, intensiver. Am rechten Ufer tauche ich auf und werde plötzlich durch ein Zischen hinter mir erschreckt. Mit halber Lungenfüllung erreiche ich das linke Ufer und verharre reglos. Aber es ist nur ein Schwan, der mich aus seinem Revier erfolgreich vertrieben hat.

Da bellen Hunde, ich höre Stimmen von Grenzsoldaten. Jetzt nähere ich mich einer hölzernen ca. 1,5 m breiten Brücke, die über den Kanal führt. Kein Grenzsoldat ist auf der Brücke zu sehen. Ich kann nicht mehr warten, bin ich doch schon über drei Stunden im Wasser. Am linken

Ufer tauche ich unbemerkt auf, als ich plötzlich Stimmen höre und das Hecheln eines Hundes sich der Brücke nähert. Zwei Grenzsoldaten mit Hund betreten die Brücke. Gott sei Dank bin ich im Schilf verborgen. Der Hund schlägt an. Hat er mich gewittert, obwohl der Wind aus Richtung West-Berlin kommt? Die Grenzsoldaten beruhigen das Tier. Sie führen, wie ich ihrem sächsischen Dialekt entnehme, die Unruhe des Hundes auf Karnickel zurück. Die hoppeln zahlreich im Grenzgebiet umher.



Hartmut Richter nach der Haftentlassung am Ort der Flucht am Teltowkanal 1980. (Quelle: HR)

Sie sind nur wenige Meter entfernt. Meine Kiefer krachen wie ein Maschinengewehr unkontrollierbar aufeinander. Das Frieren, die Anspannung, vielleicht beides, verursachen dies wohl. Ich halte den Atem an und stecke eine Hand in den Mund, um das laute Klappern zu stoppen. Die Grenzsoldaten gehen weiter zum rechten Ufer. Schnell will ich unter der Brücke hindurch schwimmen, als ich plötzlich instinktiv stoppe: In der Dunkelheit kaum erkennbar, sind dünne Drähte von Brückenpfosten zu Brückenpfosten gespannt, dünn wie Angelsehne. Bei einer Berührung der Drähte wird Alarm ausgelöst. Also tauchte ich so tief ich kann unter der Brücke zum rechten Ufer. Etwa 100 Meter weiter ist die eigentliche Grenze, ein taghell angestrahltes eisernes Gitter, rund 3,50 Meter über Wasser. Aber auch unter Wasser! An mehreren Stellen versuche ich vergeblich das Gitter zu untertauchen.

Landeinwärts im Grenzgebiet steht ein starker Scheinwerfer, der das Gitter taghell anstrahlt, so dass ein Übersteigen bemerkt werden muss. Bei Tageslicht ist von West-Berliner Seite erkennbar, dass der Scheinwerfer an einem mit zwei Grenzsoldaten besetzten hölzernen Wachturm befestigt war. Aus dem Schatten der rechten Uferböschung heraus versuche ich die Stacheldrahtrolle auf dem Gitter vorsichtig zu biegen, dass eine Lücke entsteht. Durch diese Lücke zwänge ich mich, einige Sekunden vom grellen Scheinwerferlicht erfasst. Wegen der Unterkühlung spüre ich die Hautverletzungen jetzt noch nicht, erst später. Niemand hat mich gesehen! Wollte mich vielleicht niemand sehen? Hat mich vielleicht ein Grenzsoldat gesehen und seinen Kameraden abgelenkt, damit dieser nicht sieht, was er gerade sieht und eigentlich hätte handeln müssen, um dieses Verbrechen zu verhindern? Sind die beiden Grenzsoldaten mit dem Hund vielleicht die Ablösung für die Grenzsoldaten auf dem Turm? Diese Fragen beschäftigen mich auch noch heute. Ich danke der schützenden Hand, die in dieser Nacht über mich gehalten wurde.

Am linken Ufer steht jemand, wie ich glaubte, so dass ich hier das rettende Ufer nicht erklimmen wollte. An dieser Stelle wurde 1964 der West-Berliner Kaufmann Herrmann Döbler erschossen, weil er mit seinem Motorboot die Grenze verletzte, wie ich später erfuhr. Am Kontrollpunkt steht ein Auto aus Westdeutschland mit Frankfurter Kennzeichen. Auf dem Beifahrersitz sitzt eine ältere Frau. Ich klopfte leicht an die Scheibe. Die Frau erschreckt und will mich weggagen, dreht dann aber doch die Scheibe runter und sieht mich bibbernd stehen. „Woher kommen Sie denn mitten in der Nacht?“ Bevor ich sie fragen kann, ob ich in West-Berlin bin, meint die Frau: „Du bist aus der Zone abgehauen, richtig?“ Sie ruft ihrer auf dem Rücksitz schlafenden Tochter zu: „Hier ist ein Flüchtling, gerade rüber gekommen, der ist eiskalt, reich' mal ne' Flasche Dujardin“. Ich habe es geschafft! Nun verliere ich das Bewusstsein und komme erst im Krankenwagen zu mir. Jedes Jahr feiere ich seitdem den 27. August mehr als meinen tatsächlichen Geburtstag.

ANGEKOMMEN

Im Krankenhaus kam ich schnell zu Kräften. Eine starke Unterkühlung mit Verdacht auf eine Lungenentzündung musste kuriert werden. Nach einigen Tagen ging es ins Notaufnahmелager nach Berlin-Marienfelde. Ein Trainingsanzug wurde vom Fahrer des VW-Busses mitgebracht, der mich ins Lager brachte. Im Lager waren kaum noch Flüchtlinge. Viele

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

Notaufnahmелager Marienfelde am Tag nach dem Mauerbau, 14. August 1961.

Russlanddeutsche oder Spätaussiedler lebten hier mit ihren Familien. Dem 1953 als Wohnsiedlung erbauten provisorischen Notaufnahmелager war es nicht möglich, die vielen Flüchtlinge, bis zum 13. August 1961 mitunter 3000 täglich, in West-Berlin aufzunehmen. Tausende flogen deshalb in die Bundesrepublik Deutschland und waren dort als Flüchtlinge nicht immer willkommen. Nur wer glaubhaft seine politische Verfolgung nachweisen konnte, bekam einen C-Ausweis und den damit verbundenen Status eines politischen Flüchtlings. Wie ich erinnere, hatten anerkannte politische Flüchtlinge einen geringen Steuerfreibetrag und wurden bei der Wohnungssuche bevorzugt. Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Unrechtsregimes – wie man 1952 bis 1961 glaubte, in nicht allzu ferner Zeit – sollten die Wohnungen dann nicht nur für Flüchtlinge zur Verfügung stehen.

Obwohl ich doch aus dem Krankenhaus kam, wurde ich eingehend ärztlich untersucht und begann, den sogenannten Laufzettel abzuarbeiten. Priorität hatten die Westalliierten. Nach deren Befragung über wahrgenommene Truppenbewegungen, Regimekritiker und die Verhältnisse jenseits des Eisernen Vorhangs ging es dann zu deutschen Dienststellen. Die Befragungen waren lästig, jede behördliche Stelle musste aufgesucht werden, um sich den Besuch dann auch auf dem Laufzettel abstempeln

zu lassen. Kirchliche und karitative Einrichtungen halfen auch unbürokratisch, empfahlen wiederum andere Einrichtungen wie die Gilde, die dem CVJM (Christlicher Verein Junger Menschen) angegliedert war. Rückblickend war das sicher richtig, hätte man sich doch sonst auf Dinge eingelassen, die man später vielleicht bereut hätte. Die NPD gab es seit 1964, und sie schien damals für Jugendliche mit entsprechendem Erlebnishintergrund mit ihren einfachen Lösungsangeboten verlockend. Die ab 1963 betriebene Politik der Annäherung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR schien doch sehr einseitig. Die Verhältnisse in der DDR wurden in Westdeutschland beschönigend dargestellt, und die DDR ließ sich ihr Entgegenkommen, vor allem auf dem Gebiet der Verhandlungen um Erleichterungen u.a. für in Haft befindliche Regimegegner, mit viel Geld bezahlen. Wer konnte schon hinter die Mauer schauen? Menschen, die damals für die NPD warben, waren oft Einflussagenten des Ministeriums für Staatssicherheit. Heute weiß man, belegt durch die Hinterlassenschaften der Stasi, dass diese nicht nur Linksextreme direkt oder mehr indirekt in der alten Bundesrepublik Deutschland unterstützte. Die DDR war zudem Rückzugsgebiet und sicherer Aufenthaltsort für linksextreme Aussteiger, gab es hier doch eine ideologische Nähe. Auch Rechtsextreme und deren provokantes Auftreten waren jedoch für das SED-Regime interessant, da sie dem weltweiten Ansehen der Bundesrepublik Deutschland massiv schadeten. Die DDR konnte sich als Staat darstellen, der mit dem Faschismus – eigentlich Nationalsozialismus – abgeschlossen hatte und so den „antifaschistischen Schutzwall“ rechtfertigen. Einige Menschen in Westdeutschland wollten die Motive der Flüchtlinge aus der DDR nicht anerkennen. Auch Behördenmitarbeiter zeigten eine ablehnende, teilweise sogar verachtende Haltung, gefährdeten Flüchtlinge in ihren Augen doch den Ost-West-Dialog, den Entspannungsprozess zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

WEST-BERLIN

Nach etwa drei Wochen zog ich vom Notaufnahmelaager in ein Schülerheim. Es gab in West-Berlin die Sophie-Scholl-Schule in Schöneberg. Leider warf ich rasch alles hin und verließ das Heim. Ich begann als Volontär im Hotel Schweizerhof zu arbeiten und bestand die Prüfung als Kellner. 1962 wurde, wie in der DDR üblich, einfach beschlossen, dass jeder angehende Abiturient einen Beruf zu erlernen hat. Eine Kellner-Kochausbildung wollten meine Eltern nicht erlauben. So wurde ich zum Betriebs- und Verkehrseisenbahner ausgebildet. Wer sein Abitur nicht mit Auszeichnung machte, konnte dann zwar nicht sein Lieblings-

fach studieren, sich an Fachhochschulen jedoch zum Ingenieur ausbilden lassen.

Meine Freizeit verbrachte ich in der Gilde und erkundete die Grenzanlagen, speziell die Bernauer Straße im Wedding. Wurden hier doch Tunnel gegraben, wie man wusste. Nach abgelegter Kellnerprüfung verließ ich West-Berlin. Mit Unterbrechungen war ich einige Jahre als Steward auf den Weltmeeren unterwegs. Ich konnte nur auf Schiffen eingesetzt werden, die westliche Häfen anliefen. Die ganze Welt hinter dem Eisernen Vorhang, ja selbst Kuba waren für mich tabu. Hier galten Flüchtlinge als Verbrecher und mussten mit Auslieferung an die DDR rechnen.

Ich verbrachte Wochen, mitunter Monate in West-Berlin, das ich nur mit dem Flugzeug erreichen konnte. Ab 1968 hatte ich sogar eine erschwingerliche Kochstube gemietet in der Derfflingerstraße im Bezirk Tiergarten. „Bei Spatz“, „Leydicke“ oder „Die dicke Wirtin“ am Savignyplatz waren beliebte Treffpunkte. Hier wurde über den Vietnamkrieg, die Apartheid in Südafrika, die Diktaturen in Afrika und Südamerika und alternative Gesellschaftsmodelle diskutiert. Zufällig war ich am 2. Juli 1968 in Berlin, als der Student Benno Ohnesorg anlässlich des Schah-Besuchs erschossen wurde. Hätte man damals gewusst, dass sein Mörder, der West-Berliner Polizist Karl-Heinz Kurras, Spitzel der Stasi war, wäre die Geschichte sicher anders verlaufen. Nach dem Mord waren kaum noch Dialoge möglich. Meine Freunde und ein Teil der Studentenschaft verfolgten auch die Geschehnisse in der CSSR, dem heutigen Tschechien, im Jahre 1968. Verständlicherweise hatten wir zu den Studenten und Anhängern einer gewaltsamen Revolution wie unter Mao in China als Mittel zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse bald keine Berührungspunkte mehr. Besonders junge Intellektuelle, die sich dem Wehrdienst in der Bundeswehr entziehen wollten, kamen damals nach West-Berlin. Sie entstammten oft gutbürgerlichen Elternhäusern und besuchten häufig Ost-Berlin, „die Hauptstadt der DDR“, wie sie offiziell hieß. Gerade diese Menschen sahen in der DDR eine Alternative zum „Ausbeuter- oder gar Schweinesystem“, wie sie die Bundesrepublik Deutschland zu bezeichnen pflegten. Sie kauften bei ihren Besuchen in Ost-Berlin nicht nur billige Spirituosen oder Rauchwaren im Intershop. Das war eine gute Deviseneinnahmequelle für das Regime, wie auch der Zwangsumtausch zum Wechselkurs von 1:1. Häufig brachten sie Schriften von Karl Marx, Friedrich Engels, Mao und anderen Revolutionären mit.

Hunderte bis Tausende demonstrierten „Ho-Ho-Ho-Chi-Minh!“ rufend durch die West-Berliner Innenstadt, schmissen Farbbeutel und Steine gegen das Amerikahaus und lieferten sich Schlachten mit der Polizei. Ho Chi Minh-Abzeichen und die Schriften Mao Tse Dongs konnte man auch im Intershop auf dem Bahnhof Friedrichstraße kaufen. „Amis raus aus Vietnam!“, riefen viele, „Russen raus aus Prag!“, wenige dieser Intellektuellen. Wies man auf die Unrechtsregime hinter dem Eisernen Vorhang hin, galt man schnell als „von der Springerpresse manipuliert“. 1973 schrieb ich mich am Berlin-Kolleg in Berlin-Schöneberg ein, um mein Abitur auf dem zweiten Bildungsweg abzulegen. Auch hier wurde viel über menschenwürdige Gesellschaftsmodelle diskutiert. Wieder wurde dabei die DDR als Alternative zum „kapitalistischen Ausbeutersystem“ gepriesen, mitunter auch von Dozenten.



Hartmut Richter und seine Schwester im Tiergarten 1974. (Quelle: HR)

ZURÜCK IN DER DDR

Sehr aufmerksam beobachtete ich die politische Entwicklung, versprach die Entmachtung Walter Ulbrichts Anfang der 1970er Jahre doch menschliche Erleichterungen. Erich Honecker strebte nach internationaler Anerkennung seiner DDR, die Aufnahme in die UNO wurde beantragt. Scheinbare wirtschaftliche Erfolge wurden verkündet und eine große Amnestie beschlossen. Seit 1963 gelangten DDR-Häftlinge in die Bundesrepublik Deutschland. Das Thema Freikauf politischer Gefangener war

eigentlich kein öffentlich diskutiertes vor dem Fall der Mauer. Mehr noch als Devisen ging es den Machthabern wohl um weltweites Ansehen und Anerkennung. Man ahnte jedoch, dass jedes Entgegenkommen, jede menschliche Erleichterung bezahlt wurden. Der zugestandene Freiraum musste zudem kontrolliert werden. So stieg die Mitarbeiterzahl des Ministeriums für Staatssicherheit als Schild und Schwert der SED kontinuierlich. Am Vorabend des 23. Jahrestages der DDR, am 6. Oktober 1972 wurde eine Amnestie verkündet, die auch alle ehemaligen Flüchtlinge erfasste. Das illegale Verlassen der DDR bis zum 31. Dezember 1971 wurde nicht mehr als Verbrechen geahndet, und Flüchtlinge wurden aus der Staatsbürgerschaft, die ja eigentlich eine Leibeigenschaft war, entlassen. Jetzt konnte auch ich wieder meine Heimat besuchen und war zu Weihnachten 1972 in meinem Elternhaus. Die Wiedersehensfreude war groß.

Am 3. Juni 1972 trat das zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR geschlossene Transitabkommen in Kraft. Die DDR verpflichtete sich, „den Transitverkehr von und nach West-Berlin reibungslos zu gewährleisten“. Praktisch wurde man als Transitreisender nicht mehr schikanös kontrolliert, erhielt ein Transitvisum, das beim Verlassen der DDR wieder abgegeben wurde. Die Autobahnen und die Fernverkehrsstraße 5 nach Hamburg – später wurde eine Autobahn gebaut – waren Transitstrecken, die nicht verlassen werden durften. Nach wie vor wurde man als einreisender Besucher der DDR kontrolliert, aber eben nicht mehr als Transitreisender. Viele Mitarbeiter des MfS, Offizielle, Inoffizielle, Hauptamtliche, Verpflichtete etc. hatten die Freiräume zu kontrollieren. Wenn es aber einem DDR-Bürger gelang, unbemerkt in den Kofferraum eines Transitreisenden zu gelangen, war er im Westen. Ohne großen Aufwand und vor allem ohne Gefahr an Leib und Leben konnte nun DDR-Bürgern die Flucht ermöglicht werden.

FLUCHTHELFER

Leider wurde die Fluchthilfe auch von Menschen betrieben, die hauptsächlich kommerzielle Interessen hatten. Manche Fluchthelfer im Westen verlangten horrenden Summen für die Organisation von Fluchten, obwohl der Aufwand oft nur darin bestand, leichtgläubige oder auch patriotisch denkende Menschen zu suchen. Für ein Trinkgeld im Vergleich zu den Summen, die vom Auftragnehmer kassiert wurden, riskierten diese bei ihrer Entdeckung hohe Freiheitsstrafen. Trotz zunehmender Unterwande-



Ein Beispiel für einen misslungenen Fluchtversuch: Eva-Maria Neumann, ihr Mann und ihre Tochter werden 1977 am Grenzübergang Hirschberg im Kofferraum eines Pkw entdeckt. (Quelle: Eva-Maria Neumann)

rung besonders erfolgreicher Fluchthilfeorganisationen durch die Stasi, gelang doch vielen DDR-Bürgern auf diese Art und Weise die Flucht. Jeder Flüchtling wusste, dass er dem Regime nicht ohne Risiko entkommen konnte und dass bei Misslingen der Aktion Inhaftierung und Repressalien zu erwarten waren. Der Fluchthelfer, egal ob er aus kommerziellen oder ideellen Motiven handelte, würde zu einer noch höheren Freiheitsstrafe verurteilt werden. Alle Beteiligten wussten auch, dass sich die Bundesrepublik Deutschland um eine Freilassung beziehungsweise um den Freikauf Inhaftierter bemühen würde.

Natürlich durften nicht gleich engste Freunde und Bekannte geholt werden. Parkplätze und Raststätten waren teilweise observiert. Ich holte zunächst überwiegend Bekannte von Flüchtlingen in den Westen. So fuhr ich über die Autobahn nach Braunschweig und nach zwei bis drei Tagen zurück über die Autobahn oder die Landstraße 5. An einer Bushaltestelle bei Finkenkrug, direkt vor sowjetischen Kasernen, holte ich viele DDR-Bürger ab. Sie stiegen in mein Auto wie selbstverständlich. Die Sowjetsoldaten auf dem Turm gegenüber, der die Kaserne überwachte, sahen wohl nie eine Bedrohung oder Gefahr darin. Sicher war es ihnen auch egal. Während der Fahrt krochen die Flüchtlinge in den Kofferraum. Darauf schauten freundliche Menschen vom Zoll in bläulicher Uniform an den Grenzübergängen, mehr unauffällig. Sie kannten wohl die Tricks.

Sie plauderten oft mit den Transitreisenden, die mitunter in der Schlange stehend die Fenster schon geöffnet hatten, um das Transitvisum abzugeben. Solche, wenn auch kurzen Wartezeiten nutzte ich, um Druckerzeugnisse der DDR, die hier auslagen, mitzunehmen. Da das kaum jemand tat, wurde ich einmal gefragt, ob mich das denn interessiere. „Selbstverständlich. Man kann doch nicht nur die Springerpresse konsumieren“, antwortete ich.

Bei Ein- und Ausreisen verhielt ich mich ähnlich und trat als Mitglied der Studentenbewegung, der Außerparlamentarischen Opposition (APO), auf. Meist hatte ich nicht erlaubte Tonträger oder Druckerzeugnisse dabei. Wurde ich jetzt von einem eifrigen Grenzer mit stechendem Blick, einem „Klassenfeindsuchblick“, wie ihn sonst religiöse Fanatiker oft haben, kontrolliert, diskutierte ich zur Ablenkung mit ihm. Auch Geld wurde oft verlangt, da der Wert der mitgeführten Gegenstände angeblich über dem erlaubten Warenwert liege. Hier konnte dann schon der resolut geäußerte Satz: „Das melde ich meinem Führungsoffizier vom MfS“, die Lage entschärfen. Gewöhnlich verschwand der untersuchende Grenzer danach mit den Papieren in einer Baracke. Nach relativ kurzer Zeit kam ein ranghöherer Grenzer oder ein freundlicher Mensch vom Zoll, um die Notwendigkeit der pflichtgemäßen Untersuchung zu erklären und gute Fahrt zu wünschen. Jeder Büttel wusste nur, was er wissen musste, um als „Schild und Schwert“ der Partei der Arbeiterklasse die „Errungenschaften“ der DDR zu schützen. Auf diese Weise konnte man den Sicherheitsapparat schon austricksen. Die Männer wollten wohl auch während der Untersuchung mehr über meine politische Einstellung und den Grund der Einreise erfahren, schien es mir.

RETTER JOHNNY CASH

Die Fluchthilfe wurde immer riskanter, lernte die Stasi doch mit jeder Verhaftung von – meist kommerziell agierenden – Fluchthelfern dazu. Die Aufnahmeorte, auch ein Grundstück meiner Eltern in Werder nahe der Transitstrecke, waren nicht schlecht. Hier musste ich aber die Transitstrecke verlassen und unbemerkt wieder auf die Autobahn zurückkommen. Der oder die Flüchtlinge konnten auch von einem Fahrzeug abgeholt werden. Man traf sich auf der Transitstrecke, ohne sich zu begrüßen. Die Kontaktaufnahme erfolgte nur per Sichtkontakt an einer Raststätte, an der Tankstelle oder im Intershop. Das zubringende Fahrzeug war meist ein DDR-Auto mit entsprechendem Kennzeichen. Der Fahrer, ein

DDR-Bürger, kannte die Transitstrecke sehr gut und wusste, wo mit Kontrollen zu rechnen war. Jeder Flüchtling sollte seinen Fluchtweg, die Modalitäten und Fluchthelfer auch bei einer Befragung unter Druck nicht preisgeben.

Einmal weinte ein Kleinkind an der Grenze im Kofferraum. Das hörte auch der freundliche Mann vom Zoll, der gerade mein Auto musterte. Ich hatte eine Kassette mit Johnny Cash eingelegt. „I walk the line“ war gerade zu hören. Gott sei Dank waren im hinter mir stehenden Fahrzeug auch kleine Kinder, was ich im Rückspiegel sah. „Lass ihn denken, dass die Kinder im Auto hinter mir geweint haben“, betete ich. Er dachte es wohl auch und ging weiter. Als ich weiterfahren konnte, würgte ich den Motor ab, war völlig durchgeschwitzt und reichte das Visum durch das geöffnete Fenster. Meine Hände zitterten. „Warum zittern Sie denn so“, fragte der Grenzer. „Hab' wohl zu viel Kaffee getrunken und zu wenig geschlafen“, antwortete ich freundlich. „Dann gute Fahrt.“ In West-Berlin angekommen, wich die Aufregung und Spannung einer großen Genugtuung und Freude. Solche Situationen prägten doch sehr.

„GESICHT ZUR WAND!“

In der Nacht vom 3. zum 4. März 1975 hole ich endlich meine Schwester und ihren Verlobten. Ich verlasse aus Hannover kommend die Transitstrecke, indem ich auf der Autobahn Richtung Nauen bis zur Abfahrt Werder weiterfahre. Am Grundstück meiner Eltern warten sie bereits auf mich. Bislang klappt alles, auf der Autobahn fühle ich mich auch



Das Fluchtauto. (Quelle: BStU, 1975)

nicht observiert. Sind die Leute im Kofferraum und kommt man unbemerkt zurück auf die Transitstrecke, weicht die innere Unruhe und Nervosität. An der Grenze sind nur drei Fahrzeuge vor mir, als ich mein Transitvisum durch das geöffnete Fenster reiche. Plötzlich stutzt der Grenzer, als er mein Visum kontrolliert, um unvermittelt zu sagen: „Fahren Sie bitte mal rechts raus in die Garage dort.“ „Warum das denn, ich bin Transitreisender..“, antworte ich. Kann ich Gas geben und versuchen, durch den Maschendrahtzaun vor mir zu fahren? Nach

einigen hundert Metern wäre ich in West-Berlin, wenn sie nicht schießen oder die rollende Mauer vor der eigentlichen Grenze, der Durchfahrts-passage, ausfahren. Aber sie werden schießen und wahrscheinlich zuerst den Kofferraum treffen!

In der Garage stehen zehn Grenzsoldaten mit geschulterten Maschinenpistolen, relativ freundlich noch. Ich schimpfe wegen der Belästigung, dass ich aus dem Auto steigen muss usw. Ein Grenzsoldat mit einem Schäferhund kommt in die Garage und führt den Hund um das Auto. Der Hund schlägt erst nicht an, so dass ich hoffe, weiter fahren zu dürfen. Plötzlich springt er bellend auf den Kofferraum. Ich fliege an die Wand, die Arme werden hochgerissen, sie schlagen mir von hinten zwischen die Beine. „Schießt doch, ihr Verbrecher!“, schreie ich wütend. Sie schießen nicht.



Hartmut Richter muss sich nach der Entdeckung fotografieren lassen. (Quelle: BStU, 1975)

Alle Maschinenpistolen sind auf mich gerichtet, ich werde neben dem Auto fotografiert. „Das war es dann wohl“, höre ich die Stimme des Verlobten meiner Schwester. „Tut mir leid“, antworte ich noch, bevor sie mich in eine dunkle Zelle stoßen. Nach relativ kurzer Zeit wird die Zellentür geöffnet. Männer in weißen Kitteln, wie Ärzte aussehend, holen mich, legen mir Handschellen an und führen mich zu einem Fahrzeug, auf dem „Esst mehr Fisch“ geschrieben steht. Es sind fünf enge Zellen im

Fahrzeuginnern, in die man kaum hineinkommt. Keiner sagt, wohin die Fahrt geht. Es riecht nach Abgasen, Pausen gibt es nicht. Als mir die Handschellen abgenommen werden, kommt der Befehl „Hände auf den Rücken, Gesicht zur Wand!“.



Stasi-Untersuchungs-Haftanstalt
Potsdam Lindenstraße.
(Quelle: Hans-Hermann Hertle)

NUMMER 49

In dieser Nacht brachte man mich in die Stasiuntersuchungshaftanstalt Potsdam, die in der Innenstadt in der Otto-Nuschke-Straße, heute Lindenstraße, war. In der Personenschleuse angekommen, wurde „Sachen aus – alles“ gebrüllt. In alle Körperöffnungen wurde geschaut. Die persönlichen Sachen wurden akribisch aufgelistet. „Ich bin Oberleutnant, merken Sie sich das, Sie haben das Personal mit Dienstrang anzusprechen! Wer sind Sie?“ „Ich heiße Hartmut Richter“, antwortete ich. „Sie sind die Nummer 49, merken Sie sich das. Also wer sind Sie?“

Ich wollte mich nicht weiter demütigen lassen. „Ich heiße Hartmut Richter“, antwortete ich. Daraufhin errötete das Gesicht des Uniformträgers. „Wir werden Ihnen schon zeigen wer Sie sind, Sie Subjekt, Sie!“ Ein Bündel mit Sachen wurde mir gereicht. Blauweiße Unterwäsche, ein blauer Trainingsanzug, Hausschuhe, Zahnbürste und Zahncreme, ein Stück Kernseife und Bettwäsche waren die Grundausstattung.

Ein Schließer brachte mich in eine Zelle mit der Nummer 49. Kurze Zeit später ging eine Klappe in der Tür auf, durch die Mahlzeiten, Medizin und andere Sachen gereicht wurden. Die Zellen wurden Verwahrräume genannt, so gab es eine Verwahrraumordnung, die man zu lesen hatte. Im Verwahrraum hatte man sich ruhig zu verhalten, nicht zu singen, zu rufen oder an Wände zu klopfen. Die Pritsche durfte nur zu vorgeschriebenen Ruhezeiten benutzt werden. Auch schlafend sollten die Hände sichtbar auf der Bettdecke liegen. Die Schließer sollten wohl verhindern, dass sich ein Untersuchungsgefangener seiner Bestrafung durch Suizid entzog. Einige Schließer hätten sich wohl gern altstalinistisch Respekt verschafft. Rückblickend taten die Schläge mit dem Gummiknüppel,

der „sozialistischer Wegweiser“ genannt wurde, weh. Die Isolation, Desinformation, Zersetzungsmaßnahmen jedoch waren zerstörender. Das merkte man oft erst später.

Bevor ich mich in tiefer Nacht ausruhen konnte, wurde ich zur Vernehmung geführt. Der oder die elegant gekleideten Vernehmer ließen sich mit ihren Offiziersrängen ansprechen. Je höher der Rang, desto freundlicher waren sie und desto mehr musste man sich vor ihnen in Acht nehmen. Nach den Vernehmungen rekapitulierte ich, was ich im mitunter lockeren Gespräch alles gesagt hatte. Sie interessierten sich vor allem für die Menschen aus dem Freundes- und Bekanntenkreis, die ich nicht in den Westen gebracht hatte. Vor mir lagen ein Papierblock und ein Kugelschreiber auf dem Tisch. Ziemlich eindeutig wurde dem Gefangenen so die Möglichkeit eingeräumt, als Spitzel zu arbeiten und Informationen zu übermitteln. Oft kam man nach wochen- oder monatelanger Einzelhaft mit einem Mitgefangenen zusammen, der ein ähnliches Schicksal hatte, wie versuchte Republikflucht oder ein kriminalisierter Ausreiseartragsteller. Hatte diese Person Vergünstigungen, so war Vorsicht geboten.

Nach zehn Monaten war es endlich soweit. Ich konnte die Anklageschrift lesen, ausgehändigt wurde sie nicht. Vor dem Termin fand auch endlich ein Gespräch mit dem Anwalt statt. Der vom Rechtsanwaltsbüro Wolfgang Vogel beauftragte Anwalt riet mir, vor Gericht zu bereuen. Das lehnte ich ab. Wie erwartet, fand der Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und wirkte einstudiert. Ich sei ein von „westlichen Medien manipuliertes Subjekt“, williges Werkzeug von Großkapital und westlichen Geheimdiensten. Wurde man von Vernehmern oft als bedauernswerter Mensch behandelt, der nicht begreifen konnte oder wollte, dass dem Sozialismus die Zukunft gehört, so war man vor Gericht ein gefährlicher Menschenhändler, der die DDR schädigte. Wie erwartet, wurde ich zu einer Strafe von fünfzehn Jahren Freiheitsentzug verurteilt, die Beschlagnehmung des Pkw als Tatwerkzeug verfügt. Das Urteil wurde öffentlich verkündet, jedoch unter Ausschluss der Öffentlichkeit begründet. Am nächsten Tag war in DDR-Zeitungen nur zu lesen, dass ich wegen staatsfeindlichem Menschenhandel verurteilt worden war.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

Haftanstalt Rummelsburg 1990.

RUMMELSBURG

Nach zwölf Monaten Untersuchungshaft, ständig observiert, schikaniert, kontrolliert war die Ankunft in Rummelsburg eine neue Erfahrung. Die Zellen waren größer, mit bis zu sechs Gefangenen belegt. Die Fenster hatten statt Glasbausteinen Sichtblenden. Man konnte den Himmel sehen und mit anderen Gefangenen kommunizieren. Hier bekam man auch seinen Familiennamen zurück – mit der Bezeichnung Strafgefangener davor. Offiziere nannten sich Erzieher, man durchlief also einen „Erziehungsprozess“. Sicher kooperierten Strafgefangene, die schon während der Unter-

suchungshaft als Zellenspitzel tätig waren, auch hier mit den Erziehern. Beim Verbindungsoffizier des MfS konnte man sich jederzeit melden, wenn man sich vom Erzieher oder den Schließern schlecht behandelt fühlte. Dieser Verbindungsoffizier, „Lecki Teng“ war sein Spitzname, holte auch hin und wieder Strafgefangene zu sich. Kamen sie nach geraumer Zeit zurück in die Zelle, waren Mitgefangene misstrauisch. Dieses Misstrauen wirkte in der gesamten DDR und besonders in den Gefängnissen; es sicherte zusätzlich die Macht, konnte aber auch krank machen.

Nach etwa einer Woche holte Lecki Teng auch mich, bot mir freundlich Kaffee an und musterte mich mit stechendem Klassenfeindsuchblick. „Was halten Sie davon, Strafgefangener Richter, wenn ich Sie zum Brigadier ernenne? Wir müssen ja wohl ein paar Jahre miteinander auskommen.“ „Muss ich da nicht Mitgefangene denunzieren?“ „Natürlich müssen Sie Verfehlungen melden, Sie können eine Armbanduhr tragen und sich auch öfter Pakete von Ihren Angehörigen schicken lassen“. Als ich antwortete: „Ich möchte das nicht, gewähren Sie die mir zustehenden Rechte wie persönliche Verbindungen zu nahestehenden Personen, dann verhalte ich mich ruhig und lasse auch Sie in Ruhe“, rötete sich sein Gesicht, die Augen funkelten. „Sie kommen zu mir auf Knien, wir haben schon andere klein bekommen“, brüllte er und ließ mich abholen.

Ich hoffte damals, die sich demokratisch darstellende DDR zu entlarven. Der Führungsoffizier musste meiner wegen mehrmals Selbstkritik üben, wie ich Jahre später meinen Stasiakten entnehmen konnte. Einige Zersetzungsmaßnahmen waren zu primitiv initiiert, so dass sie dem Ansehen der DDR schaden. Ich glaubte damals noch immer etwas naiv, dass es innerhalb des MfS Kräfte gäbe, die sich gegen solche Stalinisten wie Lecki Teng nur nicht durchsetzen könnten. Nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in der Keibelstraße am Alexanderplatz, einem alten Knast im Herzen Berlins, wurde ich dann für die weitere Haft u.a. nach Bautzen II verlegt.

ENTLASSUNG

Nach fünf Jahren Haft wurde ich von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft. Meine Entlassung erfolgte im September 1980. „Wir kriegen Sie auch im Westen, Richter, unser Arm ist lang“, sagten sie mir zum Abschied. Ein Mitarbeiter des Büros Vogel brachte mich in seinem Volvo über den Grenzübergang Invalidenstraße nach West-Berlin. Er flehte fast, im Westen öffentlich nichts über das Erlebte zu berichten. Es würde die Verhandlungen stören und noch Inhaftierten sehr schaden. Wieder folgten Befragungen durch westalliierte Geheimdienste. Misstrauisch, schließlich kam ich ja aus „Feindesland“, wurden Fragen gestellt. Jetzt erst merkte ich auch, dass ich die Nähe anderer Menschen kaum noch ertragen konnte. Ich war etwa vier Jahre in Isolationshaft gewesen. Viel zu früh begann ich wieder zu arbeiten und mit Alkohol das Erfahrene zu verdrängen. Meine alte Wohnung und meine Freundin waren weg. In meiner Freizeit engagierte ich mich in Menschenrechtsgesellschaften, im Museum „Haus am Checkpoint Charlie“. Und geriet bald wieder in das Visier der Stasi. Überrascht war ich, als ich in meinen umfangreichen Stasiakten auch Pläne zur „physischen Vernichtung“, also Ermordung, meiner Person fand. Das Verfahren gegen Offiziere der Hauptabteilung XXII, Terrorabwehr, wurde vor einigen Jahren eingestellt, da keine direkte Mordabsicht nachweisbar war. Mein Freundeskreis wurde kleiner. Enge Freunde waren ehemalige Mitgefangene, die im Westen nicht den Mut hatten, ihre „Kooperation“ mit der Stasi einzugestehen. Um eine Anerkennung erlittener haftbedingter gesundheitlicher Schäden streite ich seit Jahren. Nach elf Jahren wurden mir für den Verlust meines PKW, der als Tatwerkzeug beschlagnahmt worden war, etwa 1000 Euro gezahlt. Da ich den ehemals Privilegierten nicht auch noch die Geschichtsdeutung überlassen will, arbeite ich unter anderem in Gedenkstätten wie Hohen-

schönhausen als Zeitzuge. Und über meine Erlebnisse, über Versuche, mich zu manipulieren, im Kreise meiner Mitgefangenen zu isolieren oder die Entlassung meiner Schwester in die DDR berichte ich demnächst ausführlich in meinem Buch *Erziehungsprozess*.

VON DEN BOTSCHAFTSFLUCHTEN ZUR DEUTSCHEN EINHEIT

Axel Hartmann

Meine erste Erinnerung an die innerdeutsche Grenze geht zurück in den Winter 1956. Mein in Nordhausen lebender Großvater war lebensbedrohlich an Krebs erkrankt, und meine Mutter wartete im zwanzig Kilometer entfernten Bad Sachsa auf die Genehmigung, in die DDR einreisen zu dürfen – und die kam nicht. Als sich der Zustand meines Großvaters verschlechterte, sagte sie kurz entschlossen: Ich gehe über die Grenze und nehme den Jungen mit – dann werden sie mir schon nichts tun.

Mein Vater fuhr uns bei Zorge im Südharz direkt an die „Zonengrenze“ – wie sie damals hieß. Man setzte mich auf den Schlitten, und ich hatte den Koffer zu halten. Dann ging meine Mutter durch eine Lücke im Stacheldrahtzaun auf das Gebiet der DDR. Die Grenze war damals nur durch einen solchen Zaun gesichert und hatte noch nicht die tödliche Perfektion späterer Jahrzehnte mit Minen, Selbstschussanlagen und Schießbefehl. Sofort waren wir von bewaffneten Grenzsoldaten umringt, und man brachte uns nach Ellrich zur Volkspolizei-Kommandantur. Ein Grenzsoldat zog den Schlitten. Erst kurz vor Ellrich sagte er zu meiner Mutter: „Jetzt müssen Sie die Schnur nehmen, sonst kriege ich Ärger.“ Ein kleiner Hauch von Menschlichkeit in einem vom Kalten Krieg geteilten Land. Nach dem Verhör durften

wir abends mit dem Taxi nach Nordhausen fahren. Die Rückreise erfolgte mit der Bahn über Erfurt und Bebra nach Göttingen. In überfüllten Interzonenzügen waren wir zwölf Stunden unterwegs, um eine Reise zu machen, die in der Luftlinie gerade mal zwanzig Kilometer maß.



„Auge in Auge“: Begegnung eines DDR-Grenzsoldaten (links) mit einem westdeutschen Zollbeamten an der innerdeutschen Grenze bei Ellrich im Harz, aufgenommen am 8. April 1983. (Quelle: picture-alliance, Jürgen Ritter)

MAGNA CHARTA DER DEUTSCHLANDPOLITIK

Ein Erfurter Journalist hat über mich geschrieben, dass ich mich beruflich gewissermaßen auf der Straße der Einheit bewegt habe. In der Tat gibt es diese beruflichen Bezüge. Es begann damit, dass ich nach dem Jurastudium an der Universität Würzburg Assistent bei Professor Blumenwitz wurde.

Blumenwitz war der Prozessbevollmächtigte der Bayerischen Staatsregierung bei der Klage gegen den Grundlagenvertrag im Jahr 1973. Dieser Vertrag regelte die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Die Bayerische Staatsregierung war der Auffassung, dass dieser Vertrag gegen das Grundgesetz verstoße, weil er das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes ausheble. Das Bundesverfassungsgericht entschied am 31. Juli 1973, dass der Grundlagenvertrag verfassungskonform sei, jedoch nur in der vorgegebenen Auslegung. Alles andere wäre damals in Anbetracht der politischen Gegebenheiten der frühen 1970er Jahre eine außenpolitische Katastrophe gewesen, weil der Beitritt beider deutscher Staaten in die UNO unmittelbar bevorstand.

Das Urteil enthielt drei Kernpunkte:

1. Am Wiedervereinigungsgebot als Verpflichtung für alle staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland war unbedingt festzuhalten,
2. der Grenzcharakter der innerdeutschen Grenze als Binnen- und nicht als Außengrenze wurde bestätigt, es gab ja auch einen innerdeutschen Handel mit der DDR,
3. an der Einheitlichkeit der deutschen Staatsangehörigkeit wurde festgehalten, also keine Unterscheidung in West- oder Ost-Staatsbürger.

Letzteres war aus meiner Sicht für meine spätere Arbeit der wichtigste Aspekt, der bei diesem Urteil herausgekommen ist; denn sonst wären unsere Möglichkeiten, Flüchtlinge aus der DDR in den osteuropäischen Botschaften der Bundesrepublik Deutschland zu betreuen, eingeschränkt worden. Auch wenn damals niemand an die Wiedervereinigung in absehbarer Zeit glaubte, war das Urteil gewissermaßen eine Magna Charta der Deutschlandpolitik. Für mich waren diese Zusammenhänge zunächst lediglich wissenschaftlicher Stoff am Lehrstuhl. Damals ahnte ich nicht, dass ich ihn in meiner späteren beruflichen Laufbahn in der Praxis anwenden würde.

BOTSCHAFTSFLÜCHTLINGE IN BUDAPEST

Die Freikaufpraxis von Botschaftsflüchtlingen gab es seit dem Jahr 1963. Zwei Jahre nach dem Mauerbau 1961 war eine vertrauliche Vereinbarung zwischen dem damaligen innerdeutschen Minister Rainer Barzel und der DDR getroffen worden, humanitäre Fälle gegen Bezahlung zu lösen. Bis zum Mauerfall sind insgesamt etwa 33.000 Häftlinge auf diese Weise freigekauft und insgesamt 215.000 Familien zusammengeführt worden. Dafür wurde bis 1989 eine Summe von 3,4 Milliarden DM bezahlt. Das war damals sehr viel Geld.

Als ich im Oktober 1982 als neuer Mitarbeiter der Botschaft in Budapest eintraf, waren die Ost-West-Rahmenbedingungen sehr angespannt. Die Sowjetunion war drei Jahre zuvor in Afghanistan einmarschiert. Die NATO-Staaten waren dabei, die sowjetische Vorrüstung im Mittelstreckenbereich durch den NATO-Doppelbeschluss und die Nachrüstung auszugleichen. Es bestand damals im wahrsten Sinne des Wortes eine Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen. Zudem stand Polen seit dem Jahr 1981 unter Kriegsrecht, und die vom polnischen Papst moralisch gestützte Gewerkschaft Solidarność hatte das, was wir damals den Ostblock nannten, zutiefst wirtschaftlich, finanziell und vor allem moralisch erschüttert. Dies war die erste nachhaltige Veränderung in Osteuropa. Die Aufstände in der DDR im Jahr 1953, in Ungarn 1956 und der Prager Frühling 1968 wurden militärisch niedergeschlagen. Der Widerstand der Solidarność hingegen wirkte bis zum Jahr 1989 fort.



Axel Hartmann mit Hans-Dietrich Genscher in Budapest 1984. (Quelle: AH)

Der Zugang zur deutschen Botschaft in Budapest war im Gegensatz zu der in Bukarest und Warschau frei. Die Straßen, in denen die Botschaften in Bukarest und Warschau lagen, waren durch die Polizei gesperrt, und es kam nur derjenige in die Botschaft, der eine schriftliche Einladung vorweisen konnte. DDR-Bürger, die in die Botschaft hinein wollten, mussten allerdings

den Mut aufbringen, an den ungarischen Wachposten vorbei am Eingang den Klingelknopf zu drücken und zu sagen, was sie wollten. Wir hatten damals rund ein Dutzend Beamte des Bundesgrenzschutzes in der Botschaft. Der diensthabende Beamte fragte natürlich, was die Petenten wollten. Dies war stets eine brenzlige Situation für DDR-Bürger, weil der ungarische Polizist daneben stand.

Die meisten wollten wegen ihres Wunsches auf Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland beraten werden. Sie beriefen sich „auf Helsinki“ und die in der KSZE-Schlussakte 1975 geregelte Familienzusammenführung, ohne allerdings in Besitz des Wortlautes der Schlussakte zu sein. Dieser war in der DDR nicht öffentlich zugänglich. Eine wesentlich bessere „Anspruchsgrundlage“ – sofern man das Wort überhaupt verwenden darf, denn in der DDR gab es keine Anspruchsgrundlage, auf die sich ein Bürger berufen konnte – war der internationale Pakt für bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen. Diesen Pakt aus dem Jahr 1966 hat die DDR 1977, ohne ihn zu publizieren, ratifiziert, also in eigenes Recht umgesetzt. In Artikel 12 des Paktes heißt es: „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen“ – und im zweiten Absatz: „und in dieses wieder zurückzukehren.“ Ich habe den Deutschen aus der DDR immer einen Zettel gezeigt und folgendes gesagt: „Schauen Sie sich das genau an, lernen Sie es auswendig und schreiben Sie es in Ihren Antrag.“

DEN KINDERN BITTERE ERFAHRUNGEN ERSPAREN

Aufgrund der Vielzahl von Vorsprachen hatte ich einen guten Überblick über die Motive, aber auch über die Art und Weise, wie die zuständigen DDR-Stellen solche Ausreisewilligen drangsalierten. Das reichte von der Entfernung zum Arbeitsplatz, über öffentliche Pöbeleien bis hin zur Unterdrucksetzung von Verwandten und Freunden. Alle, die den Schritt über die zuständigen Stellen beim Rat des Kreises oder beim Rat der Stadt gingen, hatten einen mühsamen und nervenaufreibenden Weg vor sich. Ich bemühte mich, ihnen insofern Mut zu machen, als ich über jede Vorsprache an das Innerdeutsche Ministerium berichtet habe und den Ausreisewilligen über Freunde und Verwandte im Westen Informationen zukommen ließ, wie weit oder wie wenig sie mit ihrem Ausreiseersuchen vorangekommen waren.

Über die Motive für die Ausreisen gab es bewegende Schriftdokumente. Eine Ausreisewillige schrieb 1984 an den Staatsrat der DDR: „Ich bin es müde, offene Türen einzurennen und mein Leben mit unbefriedigender Beschäftigungstherapie zu verbringen. Da man sich bei uns lieber hinter Phrasen versteckt, als der Realität ehrlich ins Auge zu schauen, und Menschen, die noch Mut zu ehrlicher sachlicher Kritik finden, diskriminiert und damit in ihrer Würde verletzt, anstatt die Bemühung zu sehen, dass sie eventuell nach allgemeiner Verbesserung streben. Deshalb kann ich meinen Platz in dieser Gesellschaft nicht finden. Meinen Kindern möchte ich diese bitteren Erfahrungen ersparen. Eine Erziehung zur Zweigesichtigkeit und zum persönlichen Vorteil lehne ich entschieden ab.“

Schwieriger und komplizierter waren die Fälle, in denen die DDR-Bürger von vornherein als Zufluchtssuchende kamen und erklärten: Wir bleiben hier, egal, was Sie uns sagen und gehen hier nicht mehr raus, bis wir freigekauft werden. Was bis Anfang der 1980er Jahre nur in Einzelfällen vorkam, nahm ab dem Jahr 1984 dramatisch zu. Die Ursache dafür war, dass sich im März 1984 die Nichte von Willi Stoph mit ihrer Familie in der Prager Botschaft festgesetzt hatte. Eine große deutsche Boulevard-Zeitung berichtete über den für die DDR-Führung äußerst peinlichen Fall. Wenige Wochen später wurde bekannt, dass die Familie in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelt war. Nach dem Motto, was die kann, können wir auch, suchten nun zahlreiche DDR-Bürger ab dem Sommer 1984 Zuflucht in der Botschaft in Prag, der Ständigen Vertretung Ost-Berlin und auch in der Botschaft Budapest. Beim Erreichen einer kriti-

schen Zahl von gut 100 Flüchtlingen führte dies zur vorübergehenden Schließung der Vertretungen in Ost-Berlin und in Prag. Im Jahr 1989 waren es übrigens zweimal 6.000 Flüchtlinge. Auch unsere Botschaft in Budapest wurde von einer großen Zahl Übersiedlungswilliger aufgesucht; denn Ungarn war ein beliebtes Touristenziel für die Deutschen aus der DDR.

Für mich war diese Form der Zufluchtsproblematik eine ambivalente Sache. Schließlich wusste ich, dass die sich in der Botschaft festsetzenden Flüchtlinge bevorzugt freigekauft würden, während die, die sich nur beraten ließen und in die DDR zurückgingen, mit den lokalen Behörden einen unendlichen und nervenaufreibenden Kampf durchfechten mussten und dabei erhebliche berufliche und persönliche Risiken eingingen. Die Drohung mit der Zwangsadoption der Kinder war eine von zahlreichen Einschüchterungsmaßnahmen der DDR. Die staatlichen Organe der DDR setzten immer an der empfindlichsten Stelle an, um der zunehmenden Zahl von Ausreisearträgen Herr zu werden.

Im Ergebnis hat diese erste Flüchtlingswelle im Jahr 1984 der DDR aber erhebliche Probleme bereitet und war gewissermaßen der Vorläufer für die politische Wende fünf Jahre später. Unter dem Druck der Ausreisewelle von 1984 hatte die DDR insgesamt 34.000 Bürger innerhalb eines Jahres ausreisen lassen, während es im Jahr zuvor lediglich ein Drittel, nämlich 11.000 Bürger, waren. Man irrte aber in der Wirkung dieser Maßnahme: Denn je mehr DDR-Bürger in den Westen kamen, desto mehr berichteten ihren in der DDR zurückgebliebenen Freunden und Verwandten, auf welche Weise sie die Ausreise bewirkt hatten. So entstand gewissermaßen ein Schneeballsystem: die Zahl der Ausreisearträge explodierte und erreichte im Jahr 1988 die Zahl von 180.000. Der Druck nahm also zu und nicht ab, wie die DDR-Führung spekuliert hatte. Die erste Ausreisewelle aus der DDR verlief jedoch im Sand, weil es den Fluchtwilligen nicht gelang, auf dem direkten Weg in die Bundesrepublik Deutschland auszureisen.

„VÖLKERRECHTSWIDRIGE PRAKTIKEN“

Für mich war es ein besonders spannendes Kapitel, wenn die Ausreisewilligen klipp und klar erklärten, dass sie den Grenzdurchbruch wagen wollten. Ich ging in solchen Fällen oft weit über das hinaus, was die Weisungen des Auswärtigen Amtes erlaubten. Das Auswärtige Amt stand

immer auf dem Standpunkt: Wir lassen die DDR-Bürger reden, sie sagen uns, was sie wollen, und ansonsten verhalten wir uns „rezeptiv“ – sagen also nichts. Aber so kann man kein Gespräch mit jemandem führen, der unbedingt raus will und der sich davon auch nicht abbringen lässt. Es war auch nicht unsere Aufgabe, die Leute davon abzubringen. Wenn ich mir einigermaßen sicher war, dass es wirklich ein Fluchtwilliger war und nicht jemand, der von der Stasi geschickt worden war, um auszuspähen, wie ich argumentiere und wie weit ich gehe – das hat es gegeben –, dann habe ich Erläuterungen zum Grenzsystem und Tipps zu günstigsten Fluchtmöglichkeiten gegeben. Es sprach sich herum, dass die ungarischen Grenzanlagen bereits Mitte der 1980er Jahre technisch veraltet war. Sie bestanden zu diesem Zeitpunkt eigentlich nur noch, um die Flucht von DDR-Bürgern zu verhindern.



Die Drau in Kroatien bei Molve. (Quelle: Wikimedia commons, Modzzak)

Es gab an der ungarischen Grenze keinen Schießbefehl. Der bevorzugte Fluchtabschnitt war die Grenze zu Jugoslawien. Dort musste man aber unter Lebensgefahr durch die Drau schwimmen. Dieser Fluss ist auch im Sommer sehr kalt und fließt mit hoher Geschwindigkeit. Es hat damals viele Tote gegeben. Und als Ungarn im Jahr 1989 die Grenze öffnete und Reisen von DDR-Bürgern nach Ungarn verbot, sind viele Flüchtlinge in der Donau ertrunken, weil sie versuchten, von der Tschechoslowakei nach Ungarn zu gelangen, um dort über die offene Grenze herauszukommen.

Ich stellte damals auch Pässe für DDR-Bürger aus, die bei Fluchtversuchen benutzt worden sind. Außerdem soll ich laut Stasi-Akte – aber das ist eine Spekulation der Staatssicherheit – „Schleusungen von DDR-Bürgern in türkischen Fleischtransportern vermittelt“ haben. In einer Vorlage des MfS vom 15. Juli 1984 über die „völkerrechtswidrigen Praktiken der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Ungarischen Volksrepublik“ wurden mir eine „aktive negative Beeinflussung von DDR-Bürgern und Unterstützung der erpresserischen Versuche zur Erzwingung einer Übersiedlung in die BRD“ unterstellt. In einer anderen Vorlage der Abteilung X des MfS vom 8. November 1984 an Minister Erich Mielke heißt es, Ungarn sei aufgefordert worden, gegen meine Aktivitäten an der Botschaft „politisch-operative und offensive Maßnahmen“ zu veranlassen. Ungarn sollte mich zur persona non grata erklären und des Landes verweisen.

In Ungarn hatte man zu diesem Zeitpunkt ganz andere Probleme. Der wirtschaftliche Niedergang hatte Anfang der 1980er Jahre eingesetzt, und über unsere Botschaft wurden Kreditanfragen bei deutschen Banken gestellt. Zudem wurden diskret Kontakte zur „Europäischen Gemeinschaft“ geknüpft, um Handelserleichterungen zu erwirken. Zu diesem Zeitpunkt hätte die Ausweisung eines westdeutschen Diplomaten kontraproduktiv gewirkt. Diesem glücklichen Umstand habe ich es wohl zu verdanken, dass ich meine Arbeit damals ungehindert fortsetzen konnte. Offenbar ist die DDR auch in Bonn aktiv geworden. Es gab einen Erlass des damaligen Leiters der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, in dem ich gebeten wurde, bei der Beratung von DDR-Bürgern mehr Zurückhaltung walten zu lassen. Mein Botschafter eröffnete mir diesen Erlass und ging mit mir in die „Laube“, ein abhörsicherer Raum, den es damals in den deutschen Botschaften in Osteuropa gab. Er forderte mich dann auf, mich etwas mehr zurückzunehmen. Daraufhin erwiderte ich: „Herr Botschafter, das sind Deutsche wie Sie und ich, wir unterscheiden nicht nach der Staatsangehörigkeit und gemäß § 5 des Konsulargesetzes sind wir verpflichtet, Deutschen, die im Ausland in Not geraten, zu helfen.“ Somit sei die Beratung völlig einwandfrei. Der Botschafter brüllte entnervt: „Ich weiß, was Sie tun, aber ich will es nicht wissen“. Ich setzte also meine Arbeit fort.

SOZIALISMUS HAUTNAH

Als ich 1985 erfuhr, dass ich bei der NATO im Bereich nukleare Planung und Abrüstung eingesetzt werden sollte und aufgrund der Geheimhaltungsstufe für mindestens zehn Jahre für jegliche Reisen in den Osten gesperrt wäre, entschloss ich mich, im März 1985 noch einmal in die DDR zu fahren. Ich wollte vor Ort sehen, warum so viele Menschen fliehen wollten und Fluchtwillige, die in der Botschaft vorgesprochen hatten, treffen.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

Grenzkontrolle 1978.

Mit einem nach langer Antragsfrist erteilten diplomatischen Visum der DDR fuhr ich von Helmstedt nach Magdeburg und bemerkte sehr schnell die intensive Betreuung, die mir zuteil wurde. Ich musste sehr lange am Grenzübergang Marienborn warten, und zwar wesentlich länger als die normalen Einreisenden. Irgendwann kam ein Zöllner. Die Passkontrolle war bereits erfolgt. Der Zöllner war klein und schwächling und trug eine große Mütze. Er fragte, ob wir Kurierepäck hätten. Dann fragte er, ob wir Waffen hätten. Nun fragte er, ob wir Sprengstoff hätten. Ehe ich antworten konnte, sagte meine Frau: Wieso, braucht man das hier? Ich bekam einen Schweißausbruch und dachte, das war's, wir müssen umkehren. Der Zöllner zuckte einen Augenblick und wünschte uns dann salutierend auf Sächsisch eine gute Fahrt.

Ich hatte mich mit Ausreisewilligen, die in der DDR lebten, konspirativ verabredet, deren Fälle noch nicht gelöst waren. Ich wollte helfen und den Leuten ein wenig Mut machen. Dazu musste ich aber die Stasi-Herrschaften los werden, die mir ständig auf den Fersen waren. In der Region Magdeburg verfolgten mich zwei Wartburg und ein Lada. Ich bin sie dann losgeworden. In den Beobachtungsberichten war zu lesen: „Hartmann wiederholt außer Kontrolle“. Mein Aufenthalt in Wittenberg am 12. März 1985 wurde minutiös auf drei Seiten dokumentiert. Darin sind so viele Banalitäten enthalten, dass man sich fragt, ob diese Leute in der Produktion nicht besser aufgehoben gewesen wären. Einige Auszüge:

„Um 09.39 Uhr verließ Dr. Hartmann das Hotel „Goldener Adler“. Um 10.38 Uhr betrat Dr. Hartmann die Buchhandlung ... Dort kaufte er mehrere Bücher. Dr. Hartmann legt sehr viel Wert darauf, dass die Bücher verpackt werden. Um 11.40 Uhr überholte Dr. Hartmann kurz vor dem Ortseingang Torgau ein Fahrzeug der Beobachtungskräfte. Bei dem Überholvorgang winkte er den Insassen des Fahrzeuges zu...“

EIN MAGYARISCHER URKNALL

Im März 1985 trat Michail Gorbatschow sein Amt als Generalsekretär der KPdSU an, um den Sozialismus östlicher Prägung attraktiver zu machen. Sein Programm bestand aus Glasnost und Perestroika. Indem Gorbatschow nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch die Beziehungen im Warschauer-Pakt-Gefüge veränderte, entwickelte sich dieser Pakt explosionsartig auseinander. Als Osteuropa-Referent im Kanzleramt war ich überrascht, dass im Kommuniqué anlässlich des Jugoslawienbesuchs von Generalsekretär Gorbatschow im März 1988, also anderthalb Jahre vor der Friedlichen Revolution, der Satz zu finden war, dass es jedem Land im sozialistischen Block überlassen bliebe, seinen eigenen Weg zum Sozialismus zu suchen. Die förmliche Abkehr von der bis dahin auch gewaltsam durchgesetzten Breschnew-Doktrin der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten weckte die Reformgeister nicht nur in Ungarn, sondern auch in Polen.

Im Jahr 1987 überraschte mich bei meinem Antrittsbesuch beim ungarischen Gesandten in Bonn die Ankündigung, dass Ungarn nun demokratische Reformen durchführe, alle Freiheitsrechte garantiere und die Wirtschaft künftig an den marktwirtschaftlichen Prinzipien von Ludwig Erhard ausrichten werde. Ich weiß noch, dass ich völlig fassungslos war,

meinem Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt über das Gespräch berichtete und besorgt hinzufügte: Der redet sich um Kopf und Kragen. Wir haben damals nicht begreifen und nicht wahrnehmen wollen, dass Ungarn derart dramatische Veränderungen vorbereitet. Wenn man sich den ungarischen Reformprozess vor Augen führt, dann ist das streng genommen ein Staatsstreich gewesen; denn die Bevölkerung war ganz ruhig. Es gab lediglich kleine Oppositionszirkel. Vielmehr ist der Kommunismus von oben, also der Staatsführung selbst, abgeschafft worden. Die Ungarn führten die Versammlungsfreiheit ein und legalisierten somit die Oppositionsgruppen. Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei verzichtete Anfang 1989 auf ihren Führungsanspruch. Zeitgleich mit den Reformbemühungen in Ungarn zwang die Solidarność die polnische Regierung an den Runden Tisch, um über eine Beteiligung an der Regierungsmacht zu verhandeln.

Für die Beantwortung der Frage, warum die Friedliche Revolution im Jahr 1989 erfolgte, ist ein konkreter Termin wesentlich, und zwar der 2. Mai 1989. Seit dem 21. April 1989 war ich Referent im Büro des Bundesministers für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, Rudolf Seiters. Ich saß abends zum Aktenvortrag bei ihm und nebenbei lief der Fernseher. Es kam ein Bericht aus Budapest, und ich wurde sofort aufmerksam. Man sah ungarische Grenzsoldaten, die mit Drahtscheren am maroden Eisernen Vorhang herumschnipfelten. Daraufhin sagte ich spontan: „Oh Gott, das gibt Arbeit.“ Rudolf Seiters sah mich an und fragte: „Warum?“ Ich erwiderte: „Wenn das die Leute in der DDR sehen, dann fangen sie an zu laufen; denn das einzige, was die suchen, ist das Loch im Zaun. Jetzt bekommen sie es über das Fernsehen geliefert“.

Dieser 2. Mai 1989 war gewissermaßen der Urknall für all das, was dann in den Folgemonaten abgelaufen ist. Doch das, was Ungarn der Weltöffentlichkeit mit dieser symbolischen Durchtrennung des Eisernen Vorhangs gezeigt hat, entsprach letztlich nicht der Realität; denn es gab nach wie vor die Vereinbarung zwischen Ungarn und der DDR, dass niemand ohne die Zustimmung der DDR über ein anderes Land ausreisen darf. Somit war es den DDR-Bürgern nach wie vor nicht erlaubt, über Ungarn in den Westen zu gelangen. Normalerweise wurden DDR-Flüchtlinge, die an der ungarischen Grenze aufgegriffen wurden, verhaftet und an die DDR überstellt. Dort wurden sie zu hohen Haftstrafen verurteilt. Die Ungarn waren nun aber dazu übergegangen, diese DDR-Bürger nicht

zu verhaften, sondern nur zurückzuweisen. Der Flüchtlingsstrom wurde immer größer, und das Merkwürdige war, dass die Leute nun alle in die deutsche Botschaft in Budapest flohen.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

Ankunft von DDR-Flüchtlingen in einem Notaufnahmelager am 12. September 1989.

Die Botschaft war rasch voll, so dass – auch das war anders als 1984 – Hotels und Pensionen angemietet wurden. Diese konnten einige hundert Personen unterbringen. Dann waren auch diese voll, und so ging das immer weiter. Letztlich wurde ein riesiges Flüchtlingslager im Stadtteil Pest von den Maltesern eingerichtet, wo Tausende von DDR-Bürgern untergebracht waren. Es waren im Grunde genommen noch sehr viel mehr Flüchtlinge. Viele hatten sich nur registrieren lassen und wohnten bei Freunden. Für uns stellte sich die Frage, wie die Ungarn damit umgehen. Warum, so fragten wir uns, überstellt Ungarn die Flüchtlinge nicht mehr an die DDR? Die Antwort darauf war, dass Ungarn ein eigenes Flüchtlingsproblem hatte, nämlich mit den Menschen der ungarischen Minderheit in Rumänien. Es gab damals weit mehr als 12.000 Flüchtlinge aus Rumänien, die von dem rumänischen Diktator Nicolae Ceaușescu fürchterlich drangsaliert wurden. Diese Menschen hätten aufgrund einer Vereinbarung, die Ungarn und Rumänien abgeschlossen hatten, an Rumänien überstellt werden müssen. Weil die Ungarn das nicht wollten und die noch sozialistische Regierung das innenpolitisch nicht überstanden hätte, haben sie klammheimlich am 12. März 1989 die Genfer Flüchtlingskonvention ratifiziert.

In den Genuss der Regelungen dieser Flüchtlingskonvention kamen wenige Wochen später automatisch auch die Deutschen aus der DDR. Auch sie sagten, dass sie Flüchtlinge seien und in den Westen wollten. Dann griff die Weltpresse das Thema auf und setzte es auf die Tagesordnung. Ausgerechnet in dieser kritischen Phase, in der die Entwicklung für die DDR unkontrollierbar wurde, fiel Honecker aus. Er kollabierte auf dem Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest, schwer krebserkrank, und trat bis Anfang Oktober nicht mehr in Erscheinung. In den für die DDR entscheidenden Monaten war die DDR im wahrsten Sinne des Wortes kopf- und führungslos. Keiner seiner Vertreter und keiner seiner Mitstreiter sah sich in der Lage, für die DDR verbindliche Erklärungen abzugeben. Alles, was zu hören war, war Propaganda. Margot Honecker erklärte: „Wir werden den Sozialismus notfalls mit der Waffe in der Hand verteidigen.“ Egon Krenz sandte im Juni 1989 ein Glückwunschtelegramm an die Genossen in China zu der blutigen Niederschlagung des Aufstandes auf dem Tian’anmen-Platz.

UNGARN BLEIBT STANDHAFT

Dies registrierten wir natürlich auch im Bundeskanzleramt. All unsere Bemühungen, eine humanitäre Lösung des Flüchtlingsproblems herbeizuführen, stießen bei der DDR auf taube Ohren. An dieser Stelle kamen die Ungarn ins Spiel. Ungarn hatte seit Herbst 1988 einen neuen, sehr dynamischen jungen Ministerpräsidenten: Miklós Németh. Er suchte nach einer Lösung des Problems, denn Ungarn war nicht gewillt, deutsch-deutsche Auseinandersetzungen auf seinem Territorium austragen zu lassen.

Ein erster Probelauf für die Grenzöffnung ergab sich mit dem „Paneuropäischen Picknick“ am 19. August 1989. Für wenige Stunden war die Grenze bei Sopron geöffnet worden. Das nutzten Hunderte von DDR-Bürgern zur Flucht. Miklós Németh, mit dem ich einmal eine Podiumsdiskussion in Berlin bestreiten durfte, sagte, er habe in seinem Leben noch nie so viel Angst gehabt wie am 19. August 1989, weil er nicht gewusst habe, wie die Sowjetunion reagieren werde. Flankenschutz gab Bundeskanzler Helmut Kohl. Er telefonierte mit Gorbatschow, um ihn nach seiner Meinung zu dieser ungarischen Aktion zu fragen. Dieser antwortete, die Ungarn seien gute Menschen, und damit war offensichtlich, dass sich die Sowjetunion nicht in diese Flüchtlingsproblematik einmischen und vor allem nicht militärisch intervenieren würde.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel im Gespräch mit Zuschauern an einem nachgestellten Grenzzaun im Gedächtnispark, wo vor 20 Jahren das Paneuropäische Picknick stattfand.

Wenige Tage später, am 25. August 1989, kam es auf Schloss Gymnich bei Köln zu einem spektakulären Treffen zwischen Helmut Kohl und Miklós Németh. Németh erklärte dabei ohne Umschweife: „Herr Bundeskanzler, wir öffnen die Grenze und lassen die Menschen aus der DDR ausreisen.“ Der Bundeskanzler war völlig überrascht und fragte sinngemäß: Was können wir denn für Ungarn tun? Németh hat die Frage so verstanden, als ginge es jetzt um Geld und antwortete: „Herr Bundeskanzler, wir verkaufen keine Menschen.“ Diese Aussage muss mit aller Deutlichkeit betont werden, denn es ist von interessierter Seite immer behauptet worden, Ungarn habe die DDR verkauft.

Németh bat darum, die Absprache noch geheim zu halten, da zunächst versucht werden sollte, die DDR-Führung zum Einlenken zu bewegen. Mit dieser heiklen Mission wurde der nach Bonn mitgereiste Außenminister Gyula Horn betraut, der – auch das muss klargestellt werden – keineswegs ein Befürworter der Öffnung der Grenze für die DDR-Flüchtlinge war. Er hat immer gesagt: Wir haben eine Vereinbarung mit der DDR, und die dürfen wir nicht brechen. Über diese Gespräche in Ost-Berlin, die sehr turbulent verlaufen sein müssen, hat mir Isvtan Horvath, der langjährige ungarische Botschafter in Bonn, später einmal berichtet, dass es dort fast zu Handgreiflichkeiten mit der DDR-Führung gekommen

sei. „Konterrevolutionäre“ war die mildeste Form der Beschimpfung, die die DDR-Vertreter den ungarischen Gesprächspartnern entgegenschleuderten. Aber Ungarn blieb standhaft und schlug sinnbildlich den ersten Stein aus der Berliner Mauer.

Am 10. September 1989 wurde die ungarische Grenze für die DDR-Flüchtlinge geöffnet, und der Eisene Vorhang zwischen West und Ost war zerrissen. Denn die Mauer machte nur Sinn, solange eine durchgehende Grenze von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer gewährleistet war. Von nun an war es eine Frage der Zeit, wann die Mauer in Berlin fallen würde. DDR-Bürgern wurden nun auch Reisen nach Ungarn untersagt. Nach Polen konnten sie privat damals sowieso nicht reisen, denn dort wirkte die Solidarność, von der die DDR-Führung richtig annahm, dass sie das sozialistische System untergrabe.

Als letzte Ausweichmöglichkeit für die DDR-Bürger blieb ab September 1989 nur noch Prag. Dort spielten sich die weltweit bekannten Szenen in der deutschen Botschaft ab. Der internationale Druck und der bevorstehende 40. Jahrestag der DDR führten dazu, dass die Ost-Berliner Führung die Flüchtlinge über die DDR in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen ließ. In einer beeindruckenden Friedlichen Revolution erzwangen die Menschen in der DDR zunächst die Öffnung der Mauer und dann über den Runden Tisch die Durchführung freier, gleicher und geheimer Wahlen in der DDR.

REAKTIONEN AUF DIE MAUERÖFFNUNG

Im Bundeskanzleramt waren wir von dieser Entwicklung völlig überrascht. Es gab im Gegensatz zu den 1950er Jahren, in denen man Wiedervereinigungspläne en détail ausgearbeitet hatte und bereits ein Wahlgesetz für Gesamtdeutschland beschlussfertig in der Schublade lag, keinerlei Vorkehrungen oder Pläne für eine derartige Situation.

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

Flüchtlinge auf dem Gelände der deutschen Botschaft in Prag am 30. September 1989.

Das wird auch an dem Umstand deutlich, dass der Bundeskanzler am 9. November 1989 gar nicht in Bonn, sondern auf einem Staatsbesuch in Warschau war.

Die erste praktische Reaktion auf die Maueröffnung war die Erhöhung des Begrüßungsgeldes für DDR-Bürger, damit sie Geld zum Einkaufen im Westen hatten. Die zweite politische Reaktion war die „Zehn-Punkte-Erklärung“ von Bundeskanzler Helmut Kohl am 28. November 1989, in der er der DDR eine Vertragsgemeinschaft, konföderative Strukturen und konkrete Hilfe anbot. Wir alle waren damals gehalten, das Wort „Wiedervereinigung“ mit Blick auf unsere völlig irritierten Verbündeten im Westen nicht in den Mund zu nehmen, geschweige denn aufzuschreiben. Deshalb war in diesen zehn Punkten auch nur von den „konföderativen Strukturen“ die Rede.

Die Zeiten, in denen die drei Westalliierten bei dem so genannten NATO-Frühstück jährlich den Kernsatz gemäß Artikel 7 Abs. 2 des Deutschlandvertrages aus dem Jahr 1952 bekräftigten, waren vorbei. Darin hieß es: „Ein gemeinsames Ziel ist, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“ Das war ein völkerrechtlicher Vertrag, der zwischen den USA, Frankreich und Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland geschlossen worden war. Und nun hatte man den Eindruck, keiner wollte diesem Ziel wirklich folgen. Ein negativer Höhepunkt der mit der Wiedervereinigung verbundenen Irritationen auf eigentlich befreundeter Ebene war der Aufschrei von Margaret Thatcher gegenüber Helmut Kohl auf dem Straßburger Europa-Gipfel am 12. Dezember 1989. Nachdem alle Versuche, eine deutsche Wiedervereinigung zu verhindern, an Helmut Kohl abgeprallt waren, rief Frau Thatcher entnervt über den Tisch: „Zweimal haben wir euch geschlagen, und jetzt seid ihr wieder da!“ Die Wogen glätteten sich erst, als der amerikanische Präsident George Bush erklärte, die Deutschen müssten selbst bestimmen, ob und wie sie zusammenleben wollen.

„WIR WOLLEN RAUS!“

Die Wiedervereinigung verdanken die Deutschen aber ganz wesentlich Michail Gorbatschow, der im Einigungsprozess Konzessionen machte – etwa hinsichtlich der Erweiterung der NATO und der Personalstärke der Bundeswehr –, die unter seinen Vorgängern und wohl auch seinen Nachfolgern undenkbar gewesen wären.

Es waren vor allem die Menschen in der DDR, die das Tempo vorgaben und die die Einheit wollten. Sie trieben die Bundesregierung vor sich her. Nach der denkwürdigen Veranstaltung am 19. Dezember 1989 vor der Frauenkirche in Dresden war klar, dass die deutsche Einheit kommt. Über die freien Wahlen, die Wirtschafts- und Währungsunion, den Einigungsvertrag und den Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurden nach dem Mauerfall innerhalb von nur elf Monaten Tatsachen geschaffen. Der Beschluss der Volkskammer vom 23. August 1990, gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beizutreten, war dann der formale Schlussakt einer gewaltigen historischen Veränderung.



*Helmut Kohl schüttelt am 5. September 1990 auf einer Wahlkampfveranstaltung in Heiligenstadt / Thüringen die Hände zahlreicher Anhänger.
(Quelle: picture-alliance / dpa, Holger Hollemann)*

Begonnen hatte der Erosionsprozess der DDR in kleinen Zirkeln, in denen Menschen ihre Menschenrechte einforderten. Die Flüchtlinge in den osteuropäischen Botschaften beschleunigten diesen Prozess. Ihrem „Wir wollen raus!“ stellten andere, die für Reformen in der DDR stritten, ein trotziges „Wir bleiben hier!“ gegenüber. Beides gemeinsam erzwang die Veränderungen, die schließlich zur Deutschen Einheit führten.

Mitschnitt eines Vortrags im Alten Rathaus Wittenberg am 9. April 2009.

DEN SINN FÜR DAS WUNDER BEWAHREN

DIE DEUTSCHEN UND IHRE EINHEIT

Dagmar Schipanski

Unser Land durchzog eine der grausamsten Grenzen der Welt. Sie war gespickt mit Minen, Selbstschussanlagen, Panzersperren, einem sorgfältig gepflügten Todesstreifen und bewacht von Tausenden jungen Grenzsoldaten, denen der Hass auf den Klassenfeind täglich anezogen wurde. In Berlin zeugte die Mauer vom tödlichen Hass zweier Systeme, gebaut von Walter Ulbricht und seinen Genossen, die sich in Wandlitz selbst vor dem eigenen Volk versteckt hielten.

Diese Grenze war aber auch das nach außen gekehrte, weit- hin sichtbare Zeichen einer abgeschotteten und eingengten Gesellschaft, die unter der Kontrolle und Überwachung der DDR-Machthaber stand. Diese Grenze war das Symbol für unsere Isolation von der westlichen Welt. Wir waren abgeschnitten von Informationen und von Kenntnissen über das Leben jenseits des eisernen Vorhangs. Demokratische Freiheiten wurden uns vorenthalten, die Glaubensausübung bekämpft, und es gab keine freien Wahlen. Wir waren außerdem abgeschnitten von geistigen Strömungen, künstlerischen und wissenschaftlichen Entwicklungen, von unseren eigenen kulturellen Wurzeln und – nicht zu vergessen – abgehängt vom wirtschaftlichen Aufschwung. Hinter der Grenze lag eine Welt außerhalb unseres Erfahrungshorizonts.



Prof. Dr. Dagmar Schipanski spricht am 3. Oktober 2010 im Rahmen der Wasserwerk-Gespräche der Konrad-Adenauer-Stiftung. (Quelle: KAS)

Aber auch für die Menschen aus den alten Bundesländern lag hinter dieser Grenze eine Welt außerhalb ihres Erfahrungshorizonts, auch sie hatten nur vage Vorstellungen, wie sich der Alltag in der sozialistischen Diktatur abspielte, wie die Mechanismen von Gängelung, Ideologie und Anpassung die Menschen verändert haben, was tägliche Angst und Rechtsunsicherheit bewirkten. Das spüren wir noch heute bei unseren vielfältigen Gesprächen. Wir haben uns auch zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung viel gegenseitig zu berichten, von verschiedenen Erfahrungen, andersartigen Erlebnissen, unterschiedlichen Bewertungen. Und die Frage in der Zeitung „Warum waren Sie in der FDJ, Frau Bundeskanzlerin?“ zeigt, dass sich viele Menschen immer noch nicht mit den Mechanismen der Diktatur auseinandergesetzt haben. Sonst würden sie eine solche Frage nicht stellen.

Wenn ein ganzes Volk in allen Teilen des Landes aus diesem menschenverachtenden System und der Mauer des Schweigens und Erduldens ausbricht, sich aus der Sprachlosigkeit der Chor „Wir sind das Volk!“ bildet, Hunderttausende mit Kerzen auf die Straße gehen, die Funktionäre zur Rede stellen und Stasi-Zentralen stürmen, dann ist das eine gewaltige revolutionäre Leistung. In der deutschen Geschichte gibt es nichts Vergleichbares. Niemand darf die gegen die Macht der Stasi gesetzte Kraft der Kerzen vergessen, die schweigende Entschlossenheit der Demon-

stranten in vielen großen und kleinen Städten, als wir unsere Angst überwunden hatten und der Ruf „Wir sind das Volk!“ uns innerlich befreite. Um es mit Worten Joachim Gaucks zu sagen: „Wir haben uns mit dem Verlust der Angst unsere Würde zurückgeholt. Aus Untertanen sind wir wieder zu Bürgern geworden.“

Deshalb hat der 9. November und der Tag der Deutschen Einheit eine so ungeheure Bedeutung für unsere deutsche Geschichte: Es war eine Revolution der ostdeutschen Menschen, die die SED-Machthaber zwingen, abzudanken und die Demokratie anzuerkennen. Es war die erste gelungene Revolution in der langen Geschichte der Deutschen, auf die wir in Ost und West gleichermaßen stolz sein können. Wir sollten uns immer wieder an die Freude und Erleichterung erinnern, die Grenzen überwunden zu haben, die Isolation aufgebrochen zu haben, frei zu sein von Bevormundungen, von Zensur, von Gesinnungsdiktat, von Beobachtung und Bepitzelung und – vor allen Dingen – wieder vereint zu sein. Ein deutsches Volk!

Viele haben die Ereignisse am 9. November 1989 und die sich anschließende Wiedervereinigung als Wunder bezeichnet. Auch ich empfinde die Beendigung der Teilung Deutschlands noch heute als das Wunder meines Lebens. Doch wie sind wir Deutschen mit diesem Wunder umgegangen? Haben wir uns den Sinn für das Wunder bewahrt, oder dominieren nicht heute allzu oft Larmoyanz, Nörgelei und gegenseitige Besserwisseri? Sind Verzagtheit und Passivität an die Stelle von Mut und Freude getreten? In der öffentlichen Debatte könnte man das manchmal so wahrnehmen, wenn wir unsere „Talkrunden“ im Fernsehen erleben oder bestimmte Presseartikel lesen. Aber wer sich ohne Vorurteil umschaute in unserem vereinten Vaterland, der wird mit großer Freude ein enorm verändertes Land sehen.

Die neuen Länder erstrahlen heute wirklich in neuer Schönheit. Wir haben eine ausgezeichnete Infrastruktur mit Gewerbegebieten. Autobahnen, Straßen und Schienenwege durchkreuzen unser Land von Nord nach Süd, von Ost nach West. Städte und Dörfer haben ein farbiges Gesicht bekommen. Alte Stadtkerne sind liebevoll restauriert worden; sie sind in modernes Design eingebunden. Die Fernwärmeversorgung wurde von Braunkohle auf Gas umgestellt, man kann unsere Luft wieder atmen. Wir nutzen moderne Müllentsorgungsanlagen. Krankenhäuser, Schulen, Sportanlagen, Forschungsinstitute und Hörsäle sind gebaut



Die wiedererrichtete Frauenkirche in Dresden. (Quelle: Wikimedia commons, Netopyr)

worden. Das alles sind Erfolgsgeschichten der deutschen Einheit, die unser Leben grundsätzlich verändert haben. Wir in den neuen Ländern sind dankbar für die Hilfe, die in den vergangenen Jahren von den alten Ländern gekommen ist.

Ich bedanke mich ausdrücklich für diesen Milliardentransfer. Aber ich sage auch: Wir sind nicht das Milliardengrab von Deutschland, wir sind eine Milliardenchance für Deutschland! Wir Menschen aus Ost und West haben in den vergangenen Jahren gemeinsam Enormes geleistet. Über die Ausgangssituation der ostdeutschen Wirtschaft gibt ein Gutachten vom Vorsitzen-

den der Staatlichen Plankommission Gerhard Schürer an den Staatsratsvorsitzenden der DDR Egon Krenz vom Oktober 1989 Auskunft. Das war kein Gutachten von außen, sondern von innen, aus der alles beherrschenden Partei. Und es war eine Bankrotterklärung: „Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR um 40 % hinter der Bundesrepublik Deutschland zurück. Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt.“ Das Gutachten gipfelt in der Feststellung: „Ein Stoppen der Verschuldung im Jahre 1990 würde eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 % erfordern und die DDR unregierbar machen.“ Wer aber wusste um diesen Stand der Wirtschaft?

Die OECD, die weltweit anerkannte „Organisation for Economic Co-operation and Development“, hatte die DDR als zehntstärkste Wirtschaftsmacht der Welt definiert. Das zeigt den hohen Grad an Nichtwissen auf westlicher Seite und die Verschleierungstaktik auf östlicher Seite, die natürlich zu gegenseitigen Fehleinschätzungen im Wiedervereinigungsprozess führen musste. Wie konnte eine solche Wirtschaftsmacht so sang- und klanglos untergehen? Die Ursache war nicht die Währungsunion, wie vielfach behauptet wird. Sie hat den tatsächlichen Zustand der DDR-Wirtschaft nur klar und schonungslos offenbart. Die Ursache lag im Ausrüstungsgrad der Betriebe, der größtenteils auf dem Stand der 1950er und 1970er Jahre verblieben war. Weiterhin verrich-

Das an dieser Stelle vorgesehene Bild ist aus Kostengründen lediglich in der Printfassung enthalten.

Das Elektrochemische Kombinat Bitterfeld in der DDR 1957.

teten rund 16 Prozent der Beschäftigten in den Betrieben gewerkschaftliche, parteiliche oder staatliche Aufgaben. Daher waren die Produkte zu teuer und nicht konkurrenzfähig auf dem nunmehr offenen Weltmarkt. Im Ergebnis waren die neuen Länder 1993 faktisch deindustrialisiert, und mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze waren vernichtet – wir waren fassungslos. Heute müssen wir bei allen Diskussionen aber immer wieder betonen: Das SED-Regime hat mit seiner sozialistischen Planwirtschaft das Land in den Ruin getrieben. Die DDR lebte über ihre Verhältnisse, daran ging sie zugrunde. Diese Schlussfolgerung sollte uns angesichts des heutigen Anspruchsdenkens, etwa mit Blick auf soziale Leistungen, nachdenklich stimmen.

Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung leben wir in den blühenden Landschaften, die der Kanzler der Einheit, Helmut Kohl, einst als Vision voraussah. Er setzte sich mit der CDU wie kein anderer für die Wiedervereinigung ein. Das 10-Punkte-Programm vom 28. November 1989 war Richtschnur und Wegweiser, seine Verhandlungen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges und sein diplomatisches Geschick sicherten den Weg zur deutschen Einheit. Dafür gebührt ihm der herzliche Dank aller Deutschen.

Die neuen Länder haben eine einzigartige Entwicklung genommen, aber wir haben noch keinen selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung erreicht. Die Arbeitslosigkeit ist viel zu hoch. Deshalb sind wir noch auf die Solidarität unserer Mitbürger im Westen angewiesen. Und ganz Deutschland braucht auch eine Diskussion über die Wirkungsmechanismen der Sozialen Marktwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung, denn die Probleme der Weltwirtschaftskrise überlagern heute die Problematik des Wiederaufbaues in den ostdeutschen Ländern. Wir brauchen diese Diskussion auch deshalb so dringend, weil heute die Partei „DIE LINKE“ unverhohlen wieder Volkseigentum und Planwirtschaft als Lösung für die derzeitige Krise vorschlägt. Wer ein solches System vierzig Jahre ertragen hat, der weiß um seine absolute Inkompetenz, die komplexen Probleme unserer Zeit zu lösen.

Unsere große Chance liegt in der gemeinsamen Analyse und Bewertung unserer unterschiedlichen Vergangenheit, um Lösungen für die Zukunft zu gewinnen. Und Zukunft bedeutet die Erreichung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in den ost- und westdeutschen Ländern in Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmung und mit Sozialer Marktwirtschaft.

Die Menschen in den ostdeutschen Ländern haben auf dem Weg zu „gleichwertigen“ Lebensverhältnissen bereits beeindruckende Erfolge erzielt:

- Wir haben die Neustrukturierung des Staatsaufbaus vorgenommen, die Wiedergründung der Länder, den Neuaufbau von Verwaltung, Justiz und Strafverfolgung,
- es folgte die Loslösung der Betriebe aus den Kommandostrukturen des Staates und die Überführung in neue Rechtsformen und Eigentumsverhältnisse,
- und wir arbeiten an der Festigung und dem Ausbau einer freien Bürgergesellschaft, die an die Stelle der manipulativen sozialistischen Gesellschaft getreten ist.

Diese kleine Aufzählung zeigt, welche gewaltigen Aufgaben wir 1990 begonnen haben, ohne uns des wahren Ausmaßes bewusst zu sein und ohne unsere unterschiedlichen Entwicklungen in Ost und West genau zu kennen. Kann eine solche großartige Leistung ohne Mängel, ohne Fehl-

schläge verlaufen? Das widerspräche jedem Naturgesetz und allen Erfahrungen, die mit gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen gewonnen wurden.

Wir haben Menschen, deren Lebensentwürfe zerstört wurden, zu wenig menschlich begleitet, auch wir CDU-Mitglieder. Bei der Überführung der Betriebe durch die Treuhand wurden bedauerlicherweise gewachsene Strukturen zerschlagen, deren Wiederherstellung noch heute immense Kraft kostet. Der Neuaufbau der Justiz zu Beginn der 1990er Jahre beispielsweise erfolgte durch die Entlassung von DDR-Richtern und Einstellung von Juristen aus den alten Ländern sehr schnell. Das Ergebnis war eine Schicht von Richtern ohne Erfahrung mit Rechtsbeugungen, denen clevere Rechtsanwälte mit eingehenden Kenntnissen des SED-Systems und alte Seilschaften gegenüberstanden. Viele ehemalige Funktionäre des SED-Unrechtsstaates arbeiten heute in Rechtsanwaltskanzleien. Der Transformationsprozess beim Rechtssystem wurde deshalb in seiner inhaltlichen Dimension von vielen Menschen in den neuen Ländern kritisch wahrgenommen. Die Mauerschützenprozesse, die nicht geführten Prozesse um den SED-Funktionär Alexander Schalck-Golodkowski, die Diskussion über die Existenz des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze, das Anerkennen politischer Urteile der DDR-Klassenjustiz – etwa die künstliche Kriminalisierung Ausreisewilliger in der früheren DDR und die Pflicht, eine Rehabilitierung für politisch Verurteilte extra einzuklagen – dies alles schafft ein Gefühl der Ohnmacht und des Nichtverständnisses. Außerdem wurden viele Urteile gesprochen, die ehemaligen Staatsangestellten und Stasi-Mitarbeitern im Verhältnis zu den Opfern des Regimes große Vorteile garantieren. Dazu gehört auch die Debatte um die Höhe der Renten für oppositionelle Akademiker, die erheblich niedrigere Renten als ihre „Westkollegen“ erhalten. Hier gilt es weiter zu diskutieren und Veränderungen herbeizuführen.

Die Umwandlung des Forschungssystems ist eine weitere Erfolgsgeschichte des Transformationsprozesses. Seit 1990 konzentrierten wir uns auf den Auf- und Ausbau einer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft, weil nur innovative wissenschaftliche Produkte sich dauerhaft auf dem Markt etablieren können und uns wirtschaftlich voranbringen.



Das Max-Planck-Institut für Mathematik in den Naturwissenschaften in Leipzig. (Quelle: Wikimedia commons, Appaloosa)

Neue Forschungsinstitute, allein 23 der Max-Planck-Gesellschaft, wurden gegründet, und die Fachhochschulen und Universitäten erarbeiteten neue Studien- und Prüfungsordnungen; Studiengänge mit modernen Inhalten, die auf Interdisziplinarität und guter Methodik und Didaktik aufbauen, wurden etabliert. Heute hat sich die Zahl der Studenten bei uns verdreifacht. 80 Prozent der Studenten schließen in der Regelstudienzeit ihr Studium ab, ein Vorbild für die alten Länder. G8, das Reizthema in den alten Ländern, ist bei uns seit zwanzig und mehr Jahren gut gelebte Realität.

Ich bin stolz auf unsere gemeinsamen Leistungen in den zwanzig Jahren nach dem Mauerfall. Aber ich bin traurig und wütend, wenn ich höre, dass junge Menschen heute nicht mehr den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur kennen, dass sie keine Kenntnisse über unsere vierzigjährige geteilte Geschichte haben. Was können wir für die Zukunft erwarten, wenn unsere Kinder nicht begreifen, dass die staatliche Unterdrückung der Freiheit nicht nur eine individuelle Katastrophe für den einzelnen, sondern immer auch eine nationale darstellt? Erinnern heißt auswählen, bewerten und bewahren oder aber Unwichtiges aussortieren und vergessen. Das bedeutet aber auch: Was vom kollektiven Kurzzeitgedächtnis unserer Gesellschaft in das Langzeitgedächtnis transferiert wird, unterliegt unserer Entscheidung und unserem Willen. Für einen Menschen ist der Gedächtnisverlust eine schwere Erkrankung – für eine Nation gilt das in gleicher Weise. Deshalb gilt es, den Prozess der schleichenden Verklärung der Vergangenheit, der mit Tendenzen zur Revision des DDR-Geschichtsbildes einhergeht, entschieden zu stoppen.

Verblüffend selbstbewusst treten offizielle Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in den Medien auf. Sie sprechen offen über ihre Tätigkeit, ja, rechtfertigen die Bespitzelung und Unterdrückung mit dem Hinweis, ihre Arbeit hätte den Frieden gesichert. Diese Dreistigkeit ist empörend und entlarvend zugleich. Es geht um die Deutungs-hoheit über die Geschichte der SED-Diktatur, und die gehört den Opfern

und nicht den Tätern. Wir dürfen nicht zulassen, dass diejenigen, die sich in den scheinbar wohligen Nischen ihrer DDR-Existenz eingerichtet hatten, abermals ihr selbständiges Denken aufgeben und mithelfen, die Wahrheit über die DDR als menschenverachtendes System zu verdrehen.

Wir leben heute in einer offenen Gesellschaft, in der die Meinung nicht von oben zugeteilt wird. Darüber freue ich mich jeden Tag. Wir müssen offen über unseren gemeinsamen Weg in die Zukunft diskutieren und dürfen Gegensätze nicht verschweigen oder nostalgisch verklären. Die nachfolgenden Generationen müssen begreifen, was Diktatur wirklich bedeutet, und wir müssen unsere freiheitliche Demokratie schützen, denn die Demokratie ist immer fragil und ist leicht durch Extreme von rechts und links zu gefährden. Wir haben den Aufbau Ost mit großer Kraft voran gebracht und sind zusammengewachsen. Wir werden uns noch besser verstehen, wenn wir unsere vierzigjährige geteilte Geschichte in all ihrer Unterschiedlichkeit annehmen und uns gemeinsam Zukunftsperspektiven eröffnen.

Für diese Zukunft müssen wir uns den Sinn für das Wunder der Wiedervereinigung bewahren.

Bearbeitete Fassung der Rede von Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski anlässlich der „Wasserwerk-Gespräche“ in Bonn im alten Plenarsaal des Bundestages am 3. Oktober 2010.



Der 3. Oktober 1990 vor dem Reichstag in Berlin. (Quelle: KAS).

AUTOREN UND HERAUSGEBER

*Dr. Klaus Jochen Arnold
ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Politischen Bildungsforum
Brandenburg der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

*Dr. Dr. h.c. Axel Hartmann
war bis 2013 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der
Slowakei und ist seit 2014 Bürgermeister der Stadt Bad Sachsa/Harz.
In den 1980er Jahren verhalf er als Mitarbeiter der deutschen Botschaft
in Ungarn zahlreichen DDR-Bürgern zur Flucht.*

*Dr. Melanie Piepenschneider
ist Leiterin der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin.*

*Hartmut Richter
arbeitet als Besucherreferent u.a. in der Gedenkstätte Berlin-Hohen-
schönhausen. 1966 floh er aus der DDR und half später selbst DDR-
Bürgern bei der Flucht. Nach seiner Verhaftung 1975 verbrachte er
Jahre in Einzelhaft.*

*Prof. Dr. Dagmar Schipanski
ist Ministerin a.D. und ehemalige Präsidentin des Thüringer Landtages.*

*Prof. Dr. Klaus Schroeder
ist Soziologe und Politikwissenschaftler und Leiter des Forschungs-
verbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin.*

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Klaus Jochen Arnold
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Politisches Bildungsforum Brandenburg
Rudolf-Breitscheid-Str. 64
14482 Potsdam
Telefon: +49(0)-331-748876-12
Telefax: +49(0)-331-748876-15*

*Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Postanschrift: Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Besucheranschrift: Südstraße 2 a-b, 53757 Sankt Augustin
Telefon: +49(0)-2241-246-4212 / Zentrale+49(0)-2241-246-0
E-Mail: melanie.piepenschneider@kas.de*



Gefällt Ihnen diese Publikation?

Dann unterstützen Sie die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung für mehr Demokratie weltweit mit einer mobilen Spende. Der Betrag kommt unmittelbar der Stiftung zugute und wird für die Förderung unserer satzungsgemäßen Zwecke verwendet.

Jetzt QR-Code scannen und Betrag eingeben.

PUBLIKATIONSREIHE

„HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG“

Mit der Reihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ möchte die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung interessierte Bürgerinnen und Bürger über politische Entwicklungen informieren, Orientierungen in Sachfragen geben und das Interesse an politischer Mitwirkung stärken. Die Handreichungen verstehen sich als Grundlageninformationen zur Beteiligung an aktuellen politischen Diskussionen.

In der Publikationsreihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ sind bisher erschienen:

- **Band 1:**

*J. Christian Koecke, Michael Sieben:
Die Christlich-Demokratische Union. Grundüberzeugungen,
Geschichte, Organisation
3., überarbeitete und erweiterte Auflage
Wesseling, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-012-8*

- **Band 2:**

*Katrin Grüber: Zusammen leben ohne Barrieren. Die Umsetzung
der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
in Kommunen
Wesseling, April 2010
ISBN 978-3-941904-18-7*

- **Band 3:**

*Klaus-Jürgen Engelen: Die energiepolitische Zukunft der
Europäischen Union.
Zwei Planspiele zur Arbeitsweise der EU (Ringbuchordner)
Wesseling, April 2010*

- **Band 4:**

*Andreas Kalina: erfolgreich.politisch.bilden.
Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland
2., überarbeitete und erweiterte Auflage
Wesseling, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-013-5*

- **Band 5:**

*Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
Was bedeutet uns der 20. Juli 1944?
Wesseling / Hannover, März 2011
ISBN 978-3-941904-96-5*

- **Band 6:**

*Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
DDR: Mythos und Wirklichkeit. Wie die SED-Diktatur den Alltag der
DDR-Bürger bestimmte. Didaktische Begleitung zur gleichnamigen
Ausstellung
4., überarbeitete Auflage
Wesseling / Potsdam, Januar 2015
ISBN 978-3-95721-077-7*

- **Band 7:**

*Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
Was war die Mauer? Die Errichtung der innerdeutschen Grenzanlagen
durch das SED-Regime und ihre Folgen
3., überarbeitete Auflage
Sankt Augustin / Potsdam, Januar 2015
ISBN 978-3-95721-076-0*

- **Band 8:**

*Klaus-Jürgen Engelen:
„Cicero“ – Entscheidungs- und Konferenzplanspiele
zur Staatsschuldenkrise in der EU
Wesseling, April 2012
ISBN 978-3-942775-81-6*

- **Band 9:**

*Annette Wilbert:
Update Politische Bildung. Leitfaden für die Seminarpraxis
Wesseling, Januar 2013
ISBN 978-3-944015-30-9*

▪ **Band 10:**

*Tanja Segmüller, Angelika Zegelin, Franz Wagner, Christel Bienstein:
Menschen würdig pflegen? Das Recht auf qualifizierte Pflege.*

Eine Diskussionsschrift

2., unveränderte Auflage

Sankt Augustin / Berlin, März 2013

ISBN 978-3-944015-36-1

▪ **Band 11:**

Jana Kulhay:

*Die Mediengeneration. Jugendliche, ihr Medienkonsum
und ihre Mediennutzung*

Sankt Augustin / Berlin, Januar 2013

ISBN 978-3-944015-33-0

▪ **Band 12:**

Andreas Jungherr, Harald Schoen:

*Das Internet in Wahlkämpfen. Konzepte, Wirkungen und
Kampagnenfunktionen*

*(Vollständige, unveränderte PDF-Ausgabe der im Springer VS,
Wiesbaden 2013, erschienenen Buchausgabe)*

Sankt Augustin / Berlin, Juni 2013

ISBN 978-3-658-01012-6

▪ **Band 13:**

David Jonathan Grunwald:

*Ordnungspolitische Bildung als Bestandteil der außerschulischen
Erwachsenenbildung*

Wesseling / Berlin, Januar 2014

ISBN 978-3-95721-008-1

▪ **Band 14:**

Maja Eib, Daniel Braun:

*Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum
am Beispiel Thüringens*

Wesseling / Erfurt, Januar 2014

ISBN 978-3-95721-014-2

▪ **Band 15:**

*Manuel Sutter, Serafin von Roon, Florian Samweber,
Kristin Wachinger:*

Netzausbau in Deutschland. Wozu werden neue Stromnetze benötigt?

Wesseling / Berlin, September 2014

ISBN 978-3-95721-051-7

▪ **Band 16:**

Tobias Montag, Thomas Recht:

*Den Netzausbau mitgestalten. Potentiale formeller und informeller
Beteiligung*

Wesseling / Berlin, September 2014

ISBN 978-3-95721-052-4